

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2016/2017: Verhaltener Aufschwung geht weiter
- *Robert Lehmann, Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber*
ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2015/2016: Binnenwirtschaftliche Kräfte stärken die ostdeutsche Wirtschaft
- *Felix Rösel*
Die politischen Kosten von Gebietsreformen
- *Gesine Marquardt, Elma Delkic und Tom Motzek*
Wenn Migranten alt werden – Das Altenpflegesystem zwischen Versorgungslücken und Entwicklungspotenzialen

Im Blickpunkt

- *Joachim Ragnitz*
Mehr Kinder in Deutschland: Entwarnung für die Demographie?

Daten und Prognosen

- Vierteljährliche Entwicklung für Sachsen
- Regionalisierung des ifo Konjunkturtests
- Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen

23. Jahrgang (2016)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2016

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2016/2017: Verhaltener Aufschwung geht weiter

3

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Der verhaltene Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Im abgelaufenen Jahr 2015 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % zugelegt haben. In diesem Jahr dürfte es um 1,9 % steigen. Im kommenden Jahr wird die Zuwachsrates voraussichtlich wieder auf 1,7 % zurückfallen. Der private Konsum wird weiterhin die Stütze des Aufschwungs bleiben, befördert durch die erneut gesunkenen Rohölpreise, steigende Arbeits- und Transfereinkommen. Zudem erhöht die Finanz- und Sozialpolitik ihre expansiven Impulse, hierzu tragen maßgeblich die deutlich steigenden staatlichen Konsumausgaben und Transfers im Gefolge der Flüchtlingsmigration bei. Während die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum wieder stärker expandieren dürften, werden die Ausrüstungsinvestitionen ungeachtet der günstigen Finanzierungsbedingungen nur verhalten zulegen. Da die Importe angesichts der erwarteten kräftigen Inlandsnachfrage stärker steigen werden als die Exporte, kommen vom Außenhandel nahezu keine Impulse.

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen 2015/2016: Binnenwirtschaftliche Kräfte stärken ostdeutsche Wirtschaft

11

Robert Lehmann, Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber

Die reale Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands (mit Berlin) dürfte im vergangenen Jahr um 1,6 % expandiert sein und im laufenden Jahr nochmals um 1,8 % kräftig wachsen. Im Freistaat Sachsen dürfte das Wirtschaftswachstum in beiden Jahren mit Wachstumsraten von 1,9 % bzw. 2,0 % sogar noch etwas kräftiger ausfallen. Gestützt wird der Aufschwung weiterhin von den binnenwirtschaftlichen Kräften, insbesondere dem privaten Konsum. Zusätzlich dürften im laufenden Jahr staatliche Leistungen aufgrund der Flüchtlingsmigration kräftig ausgeweitet und bislang aufgeschobene Investitionen nachgeholt werden. Auch die Arbeitsmarktdynamik dürfte sich im Prognosezeitraum wieder beschleunigen.

Die politischen Kosten von Gebietsreformen

21

Felix Rösel

In der Debatte um Gebietsreformen wird zumeist übersehen, dass Fusionen von Gebietskörperschaften mit spürbaren politischen Kosten verbunden sein können. In diesem Beitrag werden die politischen Kosten von Gebietsreformen anhand der 2015 in Kraft getretenen Gemeindegebietsreform im österreichischen Bundesland Steiermark erläutert und quantifiziert. Hierbei wird gezeigt, dass eine aus Gemeindefusionen resultierende Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu einer signifikant geringeren Wahlbeteiligung und einem höheren Stimmanteil für populistische Parteien führen kann. Vor Gebietsreformen sollte der Gesetzgeber daher zunächst immer auch andere, mildere Mittel zur Erreichung möglicher Einspareffekte prüfen.

Wenn Migranten alt werden – Das Altenpflegesystem zwischen Versorgungslücken und Entwicklungspotenzialen

26

Gesine Marquardt, Elma Delkic und Tom Motzek

Der Zuzug von Migranten nach Deutschland verlangsamt zwar die Bevölkerungsalterung, aber gleichzeitig wächst die Bevölkerungsgruppe der Migranten, die derzeit und in naher Zukunft in das Rentenalter eintritt. Um Aussagen über die zukünftig benötigten Versorgungsstrukturen treffen zu können, sind Untersuchungen dazu notwendig, in welchem Umfang zukünftig mit älteren und pflegebedürftigen Migranten zu rechnen ist. Die Ergebnisse zeigen, dass die Zahl der älteren Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigen wird. Diese Personen benötigen im höheren Lebensalter vermehrt eine ihrem kulturellen

Hintergrund entsprechende Unterstützung – eine qualitative Dimension, die in der meist quantitativen Diskussion um die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und des Pflegemarktes bislang wenig beachtet wurde.

Im Blickpunkt

- Mehr Kinder in Deutschland: Entwarnung für die Demographie?** 33
Joachim Ragnitz

Seit einigen Jahren werden in Deutschland wieder mehr Kinder geboren. Diese für sich genommen erfreuliche Entwicklung ist aber nur zum Teil auf eine gestiegene Geburtenrate zurückzuführen; zu einem nicht unbeträchtlichen Teil reflektiert dies auch die Tatsache, dass seit dem Jahr 2011 besonders viele Frauen das Alter erreichen, in dem typischerweise eine Familiengründung erfolgt. Eine Entwarnung für die Demographie stellen die höheren Geburtenzahlen daher nicht dar, zumal selbst die aktuelle Geburtenrate von 1,47 Kindern je Frau noch weit unter dem Bestandserhaltungsniveau liegt. Es wird daher notwendig sein, die Rahmenbedingungen für die Erfüllung vorhandener Kinderwünsche auch künftig weiter zu verbessern.

Daten und Prognosen

- Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2015** 37
Wolfgang Nierhaus
- Ostdeutsche und sächsische Wirtschaft starten gut ins neue Jahr** 39
Michael Weber
- Ostdeutscher und sächsischer Arbeitsmarkt starten sehr dynamisch ins Jahr 2016** 42
Michael Weber

Aus der ifo Werkstatt

- ifo Veranstaltungen** 45
- ifo Veröffentlichungen** 45
- ifo Vorträge** 46

Deutschlandprognose 2016/2017: Verhaltener Aufschwung geht weiter¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft blieb im dritten Quartal 2015 dem moderaten Expansionstempo der ersten Jahreshälfte treu. In den aufstrebenden Volkswirtschaften zeigte sich die Konjunktur etwas kräftiger als in der ersten Jahreshälfte. Maßgeblich dafür war eine gewisse Entschärfung der negativen Tendenzen in wichtigen rohstoffexportierenden Schwellenländern wie Brasilien, Russland und Indonesien. Diese Länder leiden unter den seit Mitte vergangenen Jahres stark gesunkenen Preisen für Erdöl sowie für Industrie- und Agrarrohstoffe. In Russland wirken sich zudem die Wirtschaftssanktionen im Gefolge des Konflikts mit dem Westen negativ aus, während in Brasilien die Finanzpolitik die Konjunktur spürbar dämpft. Die beiden Länder rutschten in der ersten Hälfte 2015 in eine tiefe Rezession, ehe sich im dritten Quartal der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Brasilien etwas verlangsamte und die Produktion in Russland nahezu stagnierte. Allerdings blieb die konjunkturelle Dynamik in China sowie in weiteren wichtigen rohstoffimportierenden Schwellenländern nahezu unverändert und im historischen Vergleich eher moderat. So nimmt in China die Wachstumsdynamik allmählich ab, was eine seit einigen Jahren anhaltende, strukturell bedingte Tendenz reflektiert.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich der Zuwachs der zusammengefassten Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2015 gegenüber dem Frühsommer aufgrund temporärer, nichtkonjunktureller Faktoren in den USA etwas verlangsamt. Dennoch wird die Konjunktur in nahezu allen Industrieländern von den günstigen Rohstoffpreisen gestützt. Dabei ist die wirtschaftliche Entwicklung wie auch in den vergangenen Quartalen über die einzelnen Ökonomien hinweg sehr heterogen. So befinden sich die USA und Großbritannien in einem moderaten Aufschwung. Deutlich geringer hingegen ist nach wie vor das wirtschaftliche Expansionstempo im Euroraum und in Japan. Obgleich sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit beider Länder seit Mitte 2014 aufgrund der Wechselkursabwertungen verbessert hat, wird die wirtschaftliche Entwicklung dort durch eine Vielzahl ungelöster struktureller Probleme belastet.

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist nach wie vor sehr expansiv ausgerichtet, wengleich sich der seit Beginn 2014 zunehmend auseinander entwickelt. So haben die EUROPÄISCHE ZENTRAL-

BANK (EZB) und die BANK OF JAPAN, angesichts der deutlich moderateren konjunkturellen Dynamik und eines zu geringen Preisauftriebs, ihre Wertpapieraufkaufprogramme in diesem Zeitraum massiv ausgeweitet. Auch haben die beiden Notenbanken ihre Bereitschaft signalisiert, die Leitzinsen noch bis mindestens 2017 auf ihrem aktuellen Niveau von nahe Null zu belassen. Hingegen hat im vergangenen Jahr die US-Notenbank (Fed) den Neukauf von Wertpapieren sukzessive verringert und im Dezember 2014 ganz eingestellt. Zudem hat der Offenmarktausschuss der Fed im Dezember 2015 die erste Zinsanhebung seit Ausbruch der Finanzkrise vorgenommen. Auch in Großbritannien dürfte im Jahr 2016 die Zinswende eingeleitet werden. Diese geldpolitische Divergenz zog seit Mitte vergangenen Jahres merkliche Wechselkursveränderungen nach sich. So verloren der Euro und der japanische Yen in diesem Zeitraum massiv an Wert, während der US-Dollar und das britische Pfund eine nahezu gegenteilige Entwicklung durchliefen. Auch in den Schwellenländern hat sich der Expansionsgrad der Geldpolitik seit Jahresbeginn sehr unterschiedlich entwickelt. So nutzten die Zentralbanken vieler asiatischer Länder den Spielraum, der durch die moderate Inflation eröffnet wurde, für Zinssenkungen. In Brasilien und Russland hingegen ist die Geldpolitik deutlich restriktiv ausgerichtet, um dem starken Abwertungsdruck auf die heimischen Währungen entgegenzuwirken.

Die Finanzpolitik in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde in den zurückliegenden drei Jahren sukzessive gelockert, da die stark gesunkenen Staatsanleihezinsen eine beträchtliche Entlastung für die öffentlichen Haushalte darstellen. Sie dürfte im Prognosezeitraum in etwa neutral wirken. Lediglich in Japan werden vom Staat zum Teil spürbare negative konjunkturelle Impulse ausgehen. In den aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte die Finanzpolitik im Prognosezeitraum durch eine große Heterogenität gekennzeichnet sein. So werden in Indien und China öffentliche Investitionsprogramme die Konjunktur stützen. Auch in Russland sind staatliche Ausgabenprogramme aufgelegt worden, die die Rezession abmildern sollen. In Brasilien hingegen fiel die Finanzpolitik im vergangenen Jahr spürbar restriktiver aus und dürfte im Prognosezeitraum weiter gestrafft werden.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Die weltwirtschaftliche Expansion dürfte sich im vierten Quartal des vergangenen Jahres in einem ähnlich moderaten Tempo wie im Sommer fortgesetzt haben. In der ersten Jahreshälfte 2016 werden die Auftriebskräfte durch die neuerlich stark gesunkenen Ölpreise wieder zunehmen. Denn der positive Effekt auf die erdölimportierenden Länder dürfte aufgrund ihrer höheren Ausgabebereitschaft stärker ausfallen als die konjunkturellen Belastungen, die sich für die ölexportierenden Ökonomien ergeben werden. Da diese Effekte im Verlauf des Jahres 2016 langsam auslaufen werden, wird das globale Expansions-tempo wieder etwas zurückgehen.

Die Konjunktur in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird im Prognosezeitraum auch von der Entwicklung der nominalen Wechselkurse geprägt. So dürften die Exportzuwächse der USA aufgrund der Erstarkung des Dollar gedämpft bleiben, wohingegen die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Euroraum und Japan angesichts der Abwertung des Euro und des Yen beschleunigt zunehmen dürfte. Dennoch wird die aggregierte Wirtschaftsleistung der USA auch im Prognosezeitraum kräftiger expandieren als jene des Euroraums und Japans. Im Euroraum wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin durch zahlreiche Strukturprobleme geschwächt, wenngleich die daraus resultierenden Belastungen aufgrund der vielerorts durchgeführten Reformen im Bankensektor sowie auf den Arbeits- und Gütermärkten allmählich abnehmen werden. Zudem wird die Geldpolitik weiterhin sehr expansiv ausgerichtet bleiben. Auch Japan dürfte im Prognosezeitraum nur moderat expandieren. Zwar ist die Geldpolitik auch dort äußerst expansiv, und die geplante schrittweise Inbetriebnahme einer Reihe von Atomkraftwerken dürfte den Bedarf an Energieimporten reduzieren. Allerdings werden die spürbar restriktive Finanzpolitik sowie strukturelle Faktoren, wie ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial und ein relativ geringes Produktivitätswachstum, einen kräftigeren Aufschwung verhindern.

Das Expansionstempo in den Schwellenländern wird sich im Prognosezeitraum kaum gegenüber dem abgelaufenen Jahr verändern. Zwar werden Brasilien und Russland die Rezession im Verlauf des Jahres 2016 wohl überwinden und der niedrige Erdölpreis dürfte positive Impulse in China, Indien und vielen ostasiatischen Ökonomien zeitigen. Dem stehen jedoch Kräfte entgegen, die eine nennenswerte konjunkturelle Belebung verhindern werden. So wird sich die trendmäßige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China wohl weiter fortsetzen. Ferner werden die vor allem in den USA langsam steigenden Langfristzinsen eine zunehmende Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die Schwellenländer nach sich ziehen. Dennoch wird das reale BIP in den Schwellenländern auch im Prognosezeitraum etwa

doppelt so schnell zulegen wie jenes in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt, nach 3,0 % im abgelaufenen Jahr, im Jahr 2016 mit 3,5 % und im Jahr 2017 mit 3,8 % zunehmen. Der Welthandel dürfte im vergangenen Jahr um 3,3 % expandiert haben, in diesem und im nächsten Jahr dürften die Zuwachsraten bei 4,2 % liegen.

Risiken der Prognose

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum geht von den politischen Spannungen im Nahen Osten und den unübersichtlichen Interessenslagen der an den zahlreichen Konflikten beteiligten Parteien aus. Zwar dürften die jüngst in Paris von einer dieser Parteien verübten Terroranschläge keine nennenswerten konjunkturellen Auswirkungen haben. Die daraus hervorgehenden politischen Reaktionen Frankreichs sowie anderer Nationen zeigen jedoch, wie brisant die geopolitische Lage im Nahen Osten ist. Eine Eskalation der Zerwürfnisse dort könnte Konsumenten, Produzenten und Investoren auf der ganzen Welt verunsichern und somit die konjunkturelle Entwicklung spürbar dämpfen. In einem solchen Szenario könnte es auch zu einem sprunghaften Anstieg der Ölpreise kommen, denn viele dieser Länder im Nahen Osten gehören zu den wichtigsten Förderern dieses Rohstoffes.

Risiken gehen auch von der erwarteten allmählichen Straffung der Geldpolitik in den USA aus. So ist damit zu rechnen, dass die Fed im Dezember 2015 erste Zinsanhebungen vornehmen wird. Dies würde die relative Attraktivität der USA als Anlagestandort erhöhen und dürfte Portfolioumschichtungen zulasten anderer Regionen nach sich ziehen. Im Extremfall könnte dies erneut zu Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen, wodurch es dort zu starken Finanzmarkturbulenzen oder gar zu Wechselkurskrisen kommen könnte.

Auch die zuletzt durch die EZB beschlossene Verlängerung des Wertpapierankaufprogramms birgt Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur im Euroraum. So könnte die lockerere Bereitstellung billigen Geldes die Bildung von Vermögenspreisblasen begünstigen, deren Platzen zu schmerzhaften Verwerfungen an den inner- und außereuropäischen Finanzmärkten führt. Zudem generiert gerade das Staatsanleiheaufkaufprogramm der EZB auch Fehlanreize für die Finanzpolitik. Bereits jetzt ist eine Reihe europäischer Regierungen, auch jene Spaniens und Italiens, in der Lage, mehrjährige Anleihen mit einer negativen Verzinsung zu emittieren. Die dadurch entstehenden fiskalischen Puffer werden vielerorts jedoch nicht dazu genutzt, um die staatlichen Defizite weiter zu

reduzieren oder gar Schulden abzubauen. Dies reduziert die künftige Fähigkeit vieler Euroraumländer, adverse Schocks durch fiskalpolitische Eingriffe abzufedern, und macht sie anfälliger für die wechselnden Launen der internationalen Kapitalmärkte. Das Risiko krisenhafter Verwerfungen und einer Neuaufgabe der europäischen Schuldenkrise nimmt damit zu.

Ausblick Deutschland

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 2015 ohne größere Schwankungen moderat gestiegen. In den ersten drei Quartalen expandierte das reale BIP mit einer Jahresrate von 1,5%. Getragen wurde der moderate Konjunkturaufschwung von der Binnennachfrage und hier zum überwiegenden Teil vom Konsum. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandierten in den ersten neun Monaten in nahezu gleichem Tempo wie das reale BIP, befördert von höheren Realeinkommen sowie der Ausweitung der Beschäftigung. Zuletzt kamen Impulse vom Kaufkraftplus aufgrund der neuerlich sinkenden Rohölpreise und auch von der Flüchtlingsmigration. Der massive Zustrom von Asylsuchenden schlug sich im dritten Quartal außerdem in einem deutlichen Anstieg der Konsumausgaben des Staates nieder. Mehr aufgewendet werden musste etwa für die Bereitstellung von Unterkünften und für soziale Sachleistungen.

Im Vergleich zum Konsum verlief die Investitionskonjunktur im Jahr 2015 im Großen und Ganzen enttäuschend, der im Winterhalbjahr scheinbar auf Touren gekommene Investitionsmotor kam wieder ins Stottern. Die Investitionen in Ausrüstungen waren, nach starkem Jahresauftakt, im Sommer rückläufig; angesichts der schwachen Auftragseingänge insbesondere auch aus dem außereuropäischen Ausland sahen die Unternehmen für Erweiterungsinvestitionen keinen Anlass. Die Bauinvestitionen rutschten sogar, nach witterungsbedingt gleichfalls gutem Start, bereits im Frühjahr ins Minus. Schließlich wurde auch vom Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gebremst: Abgesehen von einem temporären Plus im zweiten Quartal war der Beitrag des Außenhandels zur Veränderung des realen BIP im Jahr 2015 negativ, dies gilt vor allem für das dritte Quartal 2015. So haben die Exporte nicht zuletzt aufgrund der Schwäche wichtiger Schwellenländer nahezu stagniert, während die Importe von Waren und Energie im Gefolge der lebhaften Konsumkonjunktur und niedrigerer Rohölpreise recht dynamisch gestiegen sind.

Bei alledem blieb die Arbeitsnachfrage trotz der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns recht hoch, die Erwerbstätigenzahl lag im Oktober

saisonbereinigt um 345.000 Personen über dem Stand von Dezember 2014. Zugleich hat die Arbeitslosigkeit weiter abgenommen. Die Flüchtlingsmigration ist erwartungsgemäß noch nicht in nennenswertem Umfang auf dem Arbeitsmarkt angekommen.

Im Prognosezeitraum wird sich der Aufschwung fortsetzen. Maßgeblich hierfür sind die weiterhin günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Die Geldpolitik wirkt außergewöhnlich expansiv, und die Kapitalmarkt- sowie Kreditzinsen dürften im Prognosezeitraum niedrig bleiben. Die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmens- und Bauinvestitionen sind damit äußerst vorteilhaft. Zudem erhöht die Finanz- und Sozialpolitik ihre expansiven Impulse, nicht zuletzt aufgrund der im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration deutlich steigenden staatlichen Konsumausgaben und Transfers. Schließlich hat sich durch die erneut gesunkenen Rohölpreise der Ausgabenpielraum der Verbraucher erhöht. Auch deshalb dürfte der private Konsum weiterhin die Stütze des Aufschwungs bleiben, der zudem durch steigende Arbeits- und Transfereinkommen und eine per saldo sinkende Steuer- und Abgabenbelastung der Haushalte befördert wird. Die Bauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum wieder stärker steigen. Hingegen werden die Ausrüstungsinvestitionen ungeachtet der günstigen Finanzierungsbedingungen nur verhalten zulegen. Zum einen bleiben die Kapazitäten weitgehend normal ausgelastet, zum anderen expandiert auch die Exportindustrie nur in moderatem Tempo. Zwar werden die Ausfuhren bis Mitte 2016 beschleunigt steigen, da die Konjunktur in den wichtigsten Handelspartnerländern, ebenfalls begünstigt durch die niedrigen Energiepreise, anzieht. Zudem dürften die Auswirkungen der vergangenen Abwertung des Euro im laufenden Jahr noch zu spüren sein. Allerdings bleiben die weltwirtschaftliche Expansion und damit die durchschnittlichen Zuwachsraten deutscher Ausfuhren weit hinter denen früherer Aufschwünge zurück. Da die Importe angesichts der erwarteten kräftigen Inlandsnachfrage stärker zulegen werden als die Exporte, kommen die Impulse im Jahr 2016 vor allem von der Binnenwirtschaft und nicht vom Außenhandel.

Im nächsten Jahr dürften sämtliche anregenden Impulse weitgehend ausgelaufen sein. Lediglich die realen Konsumausgaben des Staates werden sich wohl weiterhin überdurchschnittlich entwickeln, da sich annahmegemäß die Zuwanderung – wenn auch in abgeschwächtem Tempo – fortsetzen wird und sich die Auswirkungen der Flüchtlingsmigration erst mit großer Verzögerung am Arbeitsmarkt zeigen werden.

Insgesamt dürfte das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7% expandiert haben. Im Jahr 2016 erhöht sich das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion voraussichtlich auf 1,9%, wozu die flüchtlings-

getriebene Mehrnachfrage maßgeblich beiträgt. Im Jahr 2017 dürfte die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen BIP erneut auf 1,7 % zurückgehen (vgl. Abb. 1).

Auf dem Arbeitsmarkt dürfte die Flüchtlingsmigration im Prognosezeitraum deutliche Spuren hinterlassen. Zwar wird sich die hohe Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften weiter fortsetzen. Allerdings wird das Arbeitsangebot durch die annahmegemäß stark zunehmende Anzahl anerkannter Asylbewerber, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden, deutlich stärker zulegen. Insgesamt dürfte somit die Arbeitslosigkeit ab diesem Jahr wieder steigen, zunächst um 23.000 im Jahr 2016, dann um etwa 300.000 im Jahr 2017. Hierbei wird insbesondere unterstellt, dass die Qualifikation der Flüchtlinge vorwiegend gering ist und deshalb der Anfang 2015 eingeführte flächendeckende Mindestlohn eine zügige Einstellung behindern wird.

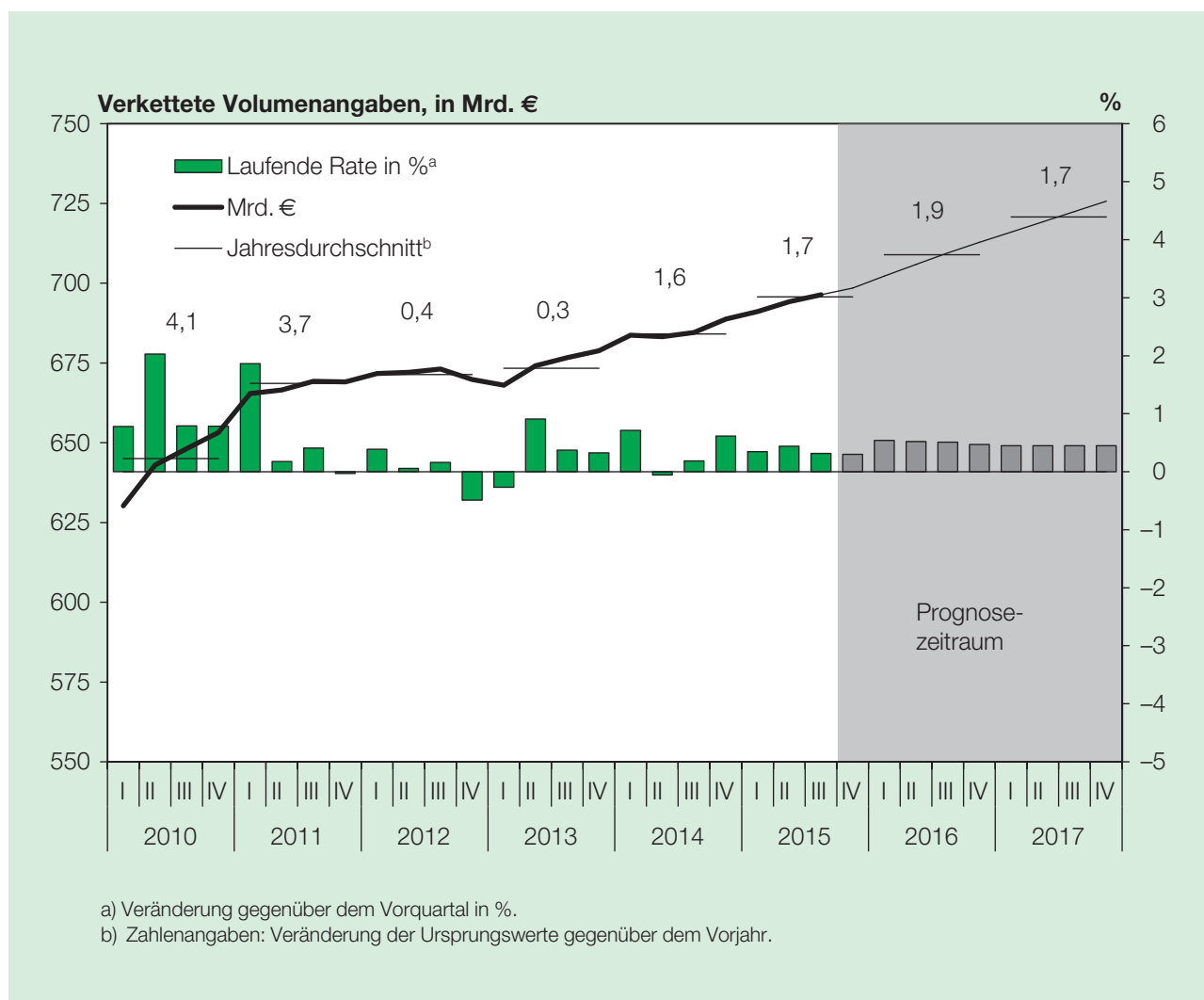
Die Verbraucherpreise dürften im Jahr 2015 um 0,3 % gestiegen sein, dämpfend wirkte vor allem der Rückgang der Energiepreise. Im Jahr 2016 gehen von den Rohölnotierungen annahmegemäß keine neuen preisdämpfenden Impulse mehr aus, zudem verstärkt sich der hausgemachte Preisauftrieb. Im Jahresdurchschnitt 2016 wird sich das Verbraucherpreisniveau voraussichtlich um 1,0 % erhöhen, im Jahresdurchschnitt 2017 um 1,5 % (vgl. Tab. 1).

Die Prognose im Detail

Keine Impulse vom Außenhandel

Im dritten Quartal 2015 trug der Außenhandel negativ zur Expansion des BIP bei; die Importe legten deutlich stärker zu als die Exporte. Angesichts der schwachen Aus-

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2015: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2014	2015 ^a	2016 ^a	2017 ^a
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^b				
Private Konsumausgaben	0,9	1,9	2,0	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,7	3,5	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,1	2,6	2,7
Ausrüstungen	4,5	4,1	3,5	3,8
Bauten	2,9	0,7	2,1	2,0
Sonstige Anlagen	3,1	2,7	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,3	1,6	2,1	1,7
Exporte	4,0	5,6	4,4	4,2
Importe	3,7	6,0	5,3	4,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,6	1,7	1,9	1,7
Erwerbstätige ^c (1.000 Personen)	42.703	43.027	43.392	43.591
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.898	2.796	2.819	3.119
Arbeitslosenquote ^d (in %)	6,7	6,4	6,4	7,1
Verbraucherpreise ^e (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,3	1,0	1,5
Lohnstückkosten ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	1,7	1,4	1,1
Finanzierungssaldo des Staates ^g				
- in Mrd. €	8,9	31,4	12,4	0,1
- in % des Bruttoinlandsprodukts	0,3	1,0	0,4	0,0
Leistungsblinanzsaldo				
- in Mrd. €	212,1	260,0	268,0	270,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	7,3	8,6	8,5	8,3
a) Prognose des ifo Instituts. – b) Preisbereinigte Angaben. – c) Inlandskonzept. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Verbraucherpreisindex (2010=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 2010).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2015 bis 2017: Prognose des ifo Instituts.

fuhr und der rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen dürfte ein beträchtlicher Teil der importierten Güter ins Lager gewandert sein. Im Jahresendquartal 2015 dürfte die Ausfuhr verhalten zugelegt haben. Dafür spricht, dass sich das ifo Exportklima im Oktober deutlich verbessert

hat; insbesondere das Unternehmens- und Verbrauchertrauen in Kerneuropa und in Osteuropa ist wieder aufwärtsgerichtet.

Frühindikatoren wie die ifo Exporterwartungen signalisieren, dass die Ausfuhr nach der Jahreswende wieder

angezogen haben dürfte. Die Beschleunigung des Exports bis zum zweiten Quartal 2016 wird sich wohl im Gleichklang mit der Weltwirtschaft bewegen. Im weiteren Verlauf dürfte sich die Ausfuhrdynamik etwas verlangsamen. Zum einen dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion wieder abflachen. Zum anderen werden die positiven Impulse der starken Abwertung des Euro des vergangenen Jahres auf die deutsche Ausfuhr langsam schwächer werden. Von der Wettbewerbsfähigkeit gehen per saldo keine anregenden Impulse aus. Zwar dürfte die Abwertung des Euro im laufenden Jahr noch weiter stimulierend wirken. Allerdings werden sich die Preise in Deutschland stärker erhöhen als in anderen Absatzländern. Insgesamt dürften die realen Exporte um 5,6 % im vergangenen Jahr gestiegen sein. Im Jahr 2016 dürfte die Ausfuhr um 4,4 % zulegen, im kommenden Jahr um 4,2 %.

Ausrüstungsinvestitionen steigen verhalten

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im dritten Quartal 2015 gesunken. Seit September hat sich allerdings das Geschäftsklima der Investitionsgüterproduzenten wieder verbessert, vor allem aufgrund optimistischerer Erwartungen. Für eine Zunahme der Investitionstätigkeit sprechen auch die weiterhin günstigen Vergabestandards für Unternehmenskredite sowie die ifo Kredithürde, die ein weiteres Mal gesunken ist. Erweiterungsinvestitionen dürften dabei aber weiterhin nur eine geringe Rolle spielen, da die Kapazitäten im Prognosezeitraum weitgehend normal ausgelastet sind. Trotz des schwachen dritten Quartals dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt des vergangenen Jahres aufgrund des starken Jahresauftritts um 4,1 % gestiegen sein. In diesem und im nächsten Jahr werden sie voraussichtlich mit Raten von 3,5 % bzw. 3,8 % zunehmen.

Baukonjunktur mit positiver Perspektive

Die Bauinvestitionen sind im zweiten Quartal 2015 mit 1,3 % deutlich gesunken, im dritten Quartal kam es zu einem weiteren leichten Rückgang. Maßgeblich hierfür war die sinkende Nachfrage nach Investitionen in Nichtwohnbauten.

Die Investitionen in *Wohnbauten* dürften nach der schwachen Zunahme im vergangenen Sommerhalbjahr im Prognosezeitraum wieder stärker zunehmen. So besteht bei den Kommunen ein großer Druck zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge. Darüber hinaus sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin sehr günstig. Alles in allem dürften die Wohnbauinvestitionen im Jahr 2015

um 2,6 % gestiegen sein. Mit etwa dieser Rate werden sie voraussichtlich auch im weiteren Prognosezeitraum expandieren.

Die *gewerblichen* Bauinvestitionen dürften sich im vierten Quartal 2015 ebenfalls erholt haben. Dennoch zeichnet sich im Jahresdurchschnitt 2015 für diese Bausparte ein Rückgang von 2 % ab. Für die Jahre 2016 und 2017 ist mit moderaten Zuwächsen in Höhe von 1,0 % bzw. 0,9 % zu rechnen. Daraufhin deuten insbesondere die pessimistischeren Geschäftsaussichten im gewerblichen Tiefbau hin.

Die *öffentlichen* Bauinvestitionen dürften im Jahresdurchschnitt 2015 um 2,5 % gesunken sein. Im Prognosezeitraum dürften positive Impulse von dem im November 2014 angekündigten Investitionsprogramm für Infrastrukturmaßnahmen ausgehen, das vor allem in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Verkehr wirken soll. In diesem wie auch für das kommende Jahr wird beim öffentlichen Bau mit einer Rate von gut 2 % gerechnet. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem wie im kommenden Jahr um rund 2 % expandieren.

Privater Konsum steigt weiter

Der private Konsum hat in der ersten Jahreshälfte 2015 weiter zugelegt, wenn auch im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte 2014 in deutlich nachlassendem Tempo. Im dritten Quartal ist der private Konsum aber wieder beschleunigt gestiegen. Zur Jahresmitte wurden die Altersbezüge etwas stärker als im Vorjahr angehoben. Im September wurde zudem das zu Jahresanfang 2015 aufgestockte Kindergeld erstmals in neuer Höhe ausbezahlt. Schließlich haben die Ölpreise nach zwischenzeitlichem Anstieg wieder nachgegeben, was in den Sommermonaten zusätzlich die Kaufkraft erhöht hat.

Im vierten Quartal 2015 dürfte sich der Anstieg des realen privaten Konsums, wenn auch abgeschwächt, fortgesetzt haben. Die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen ist auf einem im langfristigen Vergleich recht hohen Niveau. Die Verbraucherbudgets werden außerdem immer noch durch nachgebende Rohölpreise entlastet. Auch sind im Oktober die erhöhten Kindergeldleistungen für die Monate Januar bis August nachgezahlt worden. Schließlich wird der Konsum durch die Migranten ange-regt. Im Jahresdurchschnitt 2015 dürfte der reale private Konsum um 1,9 % zugenommen haben.

Im Prognosezeitraum dürfte der private Konsum recht zügig steigen. Zwar werden die Bruttolöhne und -gehälter in diesem Jahr mit 3,5 % langsamer als im Jahr zuvor expandieren (+4,0 %), netto aber beschleunigt sich der Anstieg. Ausschlaggebend hierfür sind Entlastungen bei der Einkommensteuer, allerdings dürften die Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung angeho-

ben werden. Die monetären Sozialleistungen werden im kommenden Jahr mit voraussichtlich 5,1 % außerordentlich kräftig zunehmen. Maßgeblich hierfür sind, neben der Anhebung von Kindergeld und Wohngeld, die zusätzlichen monetären Transfers infolge der Flüchtlingsmigration. Überdies werden zur Jahresmitte 2016 die Altersrenten kräftig erhöht. In der Summe dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt um 3,3 % zunehmen, real um 2,0 %. Bei unveränderter Sparquote werden die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2016 voraussichtlich um 2,0 % expandieren. Im Jahr 2017 ist eine Zunahme in Höhe von 1,5 % zu erwarten.

Inflation zieht wieder etwas an

Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe spiegelt seit geraumer Zeit die Schwankungen der Rohölnotierungen wider. Im Winterhalbjahr 2014/15 war der Verbraucherpreisindex im Gefolge eines scharfen Ölpreiserückgangs zunächst deutlich gesunken, im Frühjahr mit dem Wiederanziehen der Ölnotierungen ebenso deutlich wieder gestiegen. In der zweiten Jahreshälfte 2015 blieb das Verbraucherpreisniveau dann nahezu konstant; erneut sinkende Energiepreise kompensierten Preiserhöhungen für Nahrungsmittel sowie für gewerbliche Waren und Dienstleistungen. Von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns gingen in den Herbstmonaten 2015 wohl kaum noch Inflationsimpulse aus, in der ersten Jahreshälfte hatten sich im Gefolge des mindestlohnbedingten Lohnanstiegs viele Dienstleistungen insbesondere in Ostdeutschland verteuert. Alles in allem dürfte sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2015 um 0,3 % erhöht haben, ohne Energieträger gerechnet um 1,1 %.

Im Prognosezeitraum dürfte die derzeitige energiepreisbedingte Disinflation auslaufen. Von den Rohölnotierungen gehen annahmegemäß keine zusätzlichen preisdämpfenden Impulse mehr aus, in der vorliegenden Prognose ist wie üblich reale Konstanz unterstellt. Allerdings verstärkt sich der hausgemachte Preisauftrieb. So werden die Stromtarife Anfang 2016 steigen. Überdies wird das Briefporto erhöht. In den überfüllten Ballungsräumen dürften die Wohnungsmieten beschleunigt angehoben werden, viele Kommunen werden zudem Gebühren, Abgaben und die Grundsteuer erhöhen. Im Jahresdurchschnitt 2016 wird das Verbraucherpreisniveau voraussichtlich nur mäßig steigen, nämlich um 1 %; preisdämpfend wirken sich im Vorjahresvergleich die stark gesunkenen Energiepreise aus. Nach Wegfall dieses Basiseffekts wird sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2017 auf 1,5 % erhöhen.

Arbeitslosigkeit steigt wieder

Die Erwerbstätigenzahl ist im vergangenen Jahr saisonbereinigt um durchschnittlich 35.000 Personen pro Monat gestiegen. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu Jahresbeginn hat gleichwohl ihre Spuren hinterlassen. Das zeigt sich insbesondere an der Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung, die von der Einführung des Mindestlohns besonders betroffen war. Saisonbereinigt ist die Anzahl der geringfügig Beschäftigten allein von September 2014 bis März 2015 um 160.000 zurückgegangen.

Im Prognosezeitraum dürfte die Beschäftigung weiter zunehmen, insbesondere wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeweitet. Das ifo Beschäftigungsbarometer ist seit Juli 2015 stetig gestiegen. Auch hat sich der Stellenindex der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (BAX) bis zuletzt erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2015 dürfte die Erwerbstätigkeit um reichlich 320.000 Personen (0,8 %) gestiegen sein. Im laufenden Jahr ist mit einer Zunahme von 365.000 Personen (0,9 %) und 2017 von knapp 200.000 Personen (0,5 %) zu rechnen. Das Arbeitsvolumen erhöht sich im Jahr 2016 um 1,0 % und im Jahr 2017 um 0,6 %; der Beschäftigungsaufbau geht mit einer moderaten Ausweitung der Arbeitszeit einher.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird in den kommenden Jahren entscheidend von der Flüchtlingsmigration geprägt werden. Diese wird mittelfristig zu einer spürbaren Ausweitung des Arbeitsangebots führen und die bisherigen Trends am Arbeitsmarkt überlagern. Bisher wurde das Arbeitsangebot von der demographischen Entwicklung der Inländer bestimmt. Einem Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter stand eine trendmäßige Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer gegenüber. Dieser für sich genommen dämpfende Effekt auf das Arbeitsangebot wurde seit geraumer Zeit bisher durch qualifizierte Migration aus anderen EU-Mitgliedsstaaten zum Teil überlagert. Alles in allem ist deshalb die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren weniger stark gesunken als die Erwerbstätigkeit zugenommen hat.

In diesem und im nächsten Jahr werden zunehmend anerkannte Asylbewerber auf den Arbeitsmarkt gelangen. Nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens haben sie uneingeschränkten Zutritt zum Arbeitsmarkt und können Leistungen nach SGB II beziehen. Das Erwerbspersonenpotenzial hat durch die Flüchtlingsmigration im Jahresverlauf 2015 voraussichtlich um 100.000 Personen zugenommen, im Jahr 2016 steigt es um 350.000 Personen und im Jahr 2017 um weitere 460.000 Personen. Die Ausweitung des Arbeitsangebots schlägt sich in dieser Prognose verstärkt im Jahr 2017 nieder. Im Jahresdurchschnitt könnte die Arbeitslosenzahl um 300.000 Personen steigen. Die Arbeitslosenquote beläuft sich in

diesem Jahr auf 6,4 %, im nächsten Jahr steigt sie auf 7,1 % (vgl. Tab. 2).

Staatliche Überschüsse sinken deutlich

Die Lage der öffentlichen Finanzen hatte sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich entspannt. So konnte nach den Defizitjahren 2009 und 2010 bereits in den Jahren 2012 und 2013 ein annähernd ausgeglichener gesamtstaatlicher Budgetsaldo verzeichnet werden. Im Jahr 2014 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 0,3 % des BIP abgeschlossen. Im vergangenen Jahr dürfte das gesamtstaatliche Budget einen Überschuss in Höhe von rund 31 Mrd. € (oder umgerechnet 1 % des

BIP) ausgewiesen haben. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich der Finanzierungssaldo infolge des mit der Flüchtlingsmigration verbundenen Mehraufwands verringern; im Jahr 2016 dürfte er auf 12 Mrd. € (oder umgerechnet 0,4 % des BIP) zurückgehen, bevor er im Jahr 2017 weitgehend ausgeglichen sein wird. Die Bruttoschuldenquote des Staates wird voraussichtlich von 71 % am Jahresende 2015 auf 66 % am Jahresende 2017 sinken.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2015. Vgl. WOLLMERSHÄUSER, T.; NIERHAUS, W. et. al, ifo Konjunkturprognose 2015–2017: Verhaltener Aufschwung setzt sich fort, in: ifo Schnelldienst, 24/2015, 68. Jg., S. 23–66.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2013	2014	2015	2016	2017
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.639	58.348	58.977	59.542	59.850
Erwerbstätige Inländer	42.269	42.640	42.959	43.326	43.525
Arbeitnehmer	37.810	38.242	38.659	39.048	39.228
darunter:					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29.713	30.197	30.817	31.278	31.465
Geringfügig Beschäftigte	5.017	5.029	4.858	4.809	4.791
Selbstständige	4.459	4.397	4.300	4.279	4.297
Pendlersaldo	59	63	68	66	66
Erwerbstätige Inland	42.328	42.703	43.027	43.392	43.591
Arbeitslose	2.950	2.898	2.796	2.819	3.119
Arbeitslosenquote ^a	6,9	6,7	6,4	6,4	7,1
Erwerbslose ^b	2.182	2.090	1.928	1.850	2.003
Erwerbslosenquote ^c	4,9	4,7	4,3	4,1	4,4

a) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – b) Definition der ILO. – c) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2015 bis 2017: Prognose des ifo Instituts.

ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2015/2016: Binnenwirtschaftliche Kräfte stärken ostdeutsche Wirtschaft

Robert Lehmann, Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber*

Nach einem starken Jahresauftakt haben sich die konjunkturellen Auftriebskräfte in der ostdeutschen und der sächsischen Wirtschaft im Sommer des Jahres 2015 etwas abgeschwächt. Zum Jahresausklang dürfte die Dynamik aber wieder Fahrt aufgenommen haben, und sich im laufenden Jahr nochmals beschleunigen. Gestützt wird der anhaltende Aufschwung von den binnenwirtschaftlichen Kräften, insbesondere dem privaten Konsum. Zusätzlich werden im laufenden Jahr staatliche Leistungen aufgrund der Flüchtlingsmigration kräftig ausgeweitet. Insgesamt dürfte die reale Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands (mit Berlin) im Jahr 2015 um 1,6 % zugenommen haben (vgl. Tab. 1). Im laufenden Jahr wird sie voraussichtlich um 1,8 % expandieren. Im Freistaat Sachsen dürfte das Wirtschaftswachstum in beiden Jahren mit Wachstumsraten von 1,9 % bzw. 2,0 % sogar noch etwas kräftiger ausfallen als im ostdeutschen Durchschnitt. Die gute konjunkturelle Entwicklung dürfte im gesamten Prognosezeitraum mit einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit einhergehen. Dämpfend wirkten im abgelaufenen Jahr die Anpassungseffekte an den flächendeckenden Mindestlohn, welche besonders im Bereich der geringfügigen Beschäftigung beobachtet wurden. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Konjunkturprognose der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS vom 16.12.2015.

Der vorliegende Artikel beleuchtet, welche Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu erwarten sind. Maßgeblich hierfür ist der Informationsstand zum Zeitpunkt der Prognoserechnung; zwischenzeitlich veröffentlichte Daten können nicht berücksichtigt werden. Die Prognose unterliegt dabei einigen Risiken. Zum Beispiel könnte eine Eskalation der politischen Spannungen im Nahen Osten Konsumenten, Produzenten und Investoren auf der ganzen Welt verunsichern oder zu einem sprunghaften Anstieg der Ölpreise führen und somit die konjunkturelle Entwicklung spürbar dämpfen. Risiken gehen auch von der erwarteten allmählichen Straffung der Geldpolitik in den USA aus. Eine weitere Zinsanhebung durch die US-amerikanische Notenbank im Prognosezeitraum könnte im Extremfall erneut zu Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern in die USA führen, wodurch es zu starken Finanzmarkturbulenzen oder gar zu Wechselkurskrisen kommen könnte. Es ist unterstellt, dass sich diese Risiken nicht realisieren.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Konjunkturprognose für die ostdeutschen Bundesländer (mit Berlin) und den Freistaat Sachsen ist auf die Deutschland-Prognose des IFO INSTITUTS vom 09.12.2015 koordiniert [vgl. hier und im Folgenden NIERHAUS (2016)]. Das IFO INSTITUT erwartet, dass die Weltwirtschaft im abgelaufenen Jahr nur moderat expandierte. Im Jahr 2016 dürften die Auftriebskräfte durch die neuerlich stark gesunkenen Ölpreise zunächst temporär zunehmen, im weiteren Jahresverlauf werden sie aber wieder allmählich zurückgehen.

Auch in Deutschland dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 2015 nur moderat gestiegen sein. Getragen wurde die konjunkturelle Expansion maßgeblich von den Dienstleistungsbereichen und vom Handel; die Industriekonjunktur kämpfte hingegen mit einer schwachen Investitionsgüternachfrage. Im laufenden Jahr dürfte sich der Aufschwung fortsetzen und etwas beschleunigen. Stütze des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs bleibt der private Konsum. Dieser wird durch steigende Arbeits- und Transfereinkommen der Haushalte sowie durch eine Minderung der kalten Progression gefördert. Zudem erhöht sich durch die niedrige Preissteigerungsrate der Ausgabenspielraum der Verbraucher. Positiv wirkt sich auch aus, dass die Kapitalmarkt- und Kreditzinsen im Prognosezeitraum niedrig bleiben dürften. Ungeachtet dieser günstigen Finanzierungsbedingungen dürften die Ausrüstungsinvestitionen aber nur verhalten zulegen, da der Bedarf an Erweiterungsinvestitionen nach wie vor niedrig ist und viele Unternehmen weiterhin hohe Risiken für ihre künftigen Geschäfte sehen. Dagegen erhöht die Finanz- und Sozialpolitik ihre expansiven Impulse, nicht zuletzt aufgrund der im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration deutlich steigenden staatlichen Konsumausgaben und Transfers. Angesichts der erwarteten kräftigen Inlandsnachfrage werden die

* Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer, Robert Lehmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter, Michael Weber ist Doktorand und Jannik A. Nauerth ist studentische Hilfskraft der Niederlassung Dresden des Ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in %) ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,6	1,8	1,9	1,9	2,0
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	1,5	1,7	1,8	1,8	2,0	2,1
Bruttowertschöpfung Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,8	3,7	3,2	3,9	3,9	3,4
Bruttowertschöpfung Baugewerbe	4,7	1,7	1,8	6,7	1,8	1,9
Bruttowertschöpfung Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	0,5	1,5	1,7	-1,5	1,7	1,9
Bruttowertschöpfung Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen	0,8	1,6	1,7	1,0	1,7	1,8
Bruttowertschöpfung Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte	1,5	0,8	1,2	1,3	0,9	1,3
Zahl der Erwerbstätigen	0,6	0,3	0,4	0,6	0,2	0,4

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (2015b), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2015), 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

Importe stärker zulegen als die Exporte. Insgesamt prognostiziert das ifo INSTITUT einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 1,7 % im Jahr 2015 und um 1,9 % im Jahr 2016. Der ersten Schätzung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES vom 14.01.2016 zufolge ist das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 tatsächlich um 1,7 % expandiert [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2016)].

Die gute konjunkturelle Lage spiegelt sich auch in einem Anstieg der Arbeitskräftenachfrage wider, wenn auch Anpassungsprozesse infolge der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 insbesondere im Bereich der geringfügigen Beschäftigung beobachtet wurden. Insgesamt rechnet das ifo INSTITUT mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,8 % im Jahr 2015 und um 0,9 % im Jahr 2016. Auch mit der Erwerbstätigenprognose für das Jahr 2015 lag das ifo INSTITUT richtig: Nach ersten Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2016) hat die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2015 um 0,8 % zugenommen.

Prognose für Ostdeutschland und Sachsen im Überblick

Der konjunkturelle Verlauf Ostdeutschlands (mit Berlin) und Sachsens folgt auch am aktuellen Rand grundsätzlich dem Muster für Deutschland insgesamt. Nach vorläufigen Angaben aus der Halbjahresrechnung des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (2015a) expandierte die gesamtwirtschaftliche Leistung der ostdeutschen Bundesländer im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt um 1,3 % und damit geringfügig schwächer als in Deutschland insgesamt (1,4 %). Die Wirtschaft des Freistaates Sachsen expandierte im ersten Halbjahr hingegen etwas stärker als der gesamtdeutsche Durchschnitt (1,7 %). Der Freistaat profitierte dabei unter anderem von einem im Vergleich zu Ostdeutschland höheren Wertschöpfungswachstum im Verarbeitenden Gewerbe; auch die bestehende Wirtschaftsstruktur in Sachsen begünstigt das Wirtschaftswachstum.

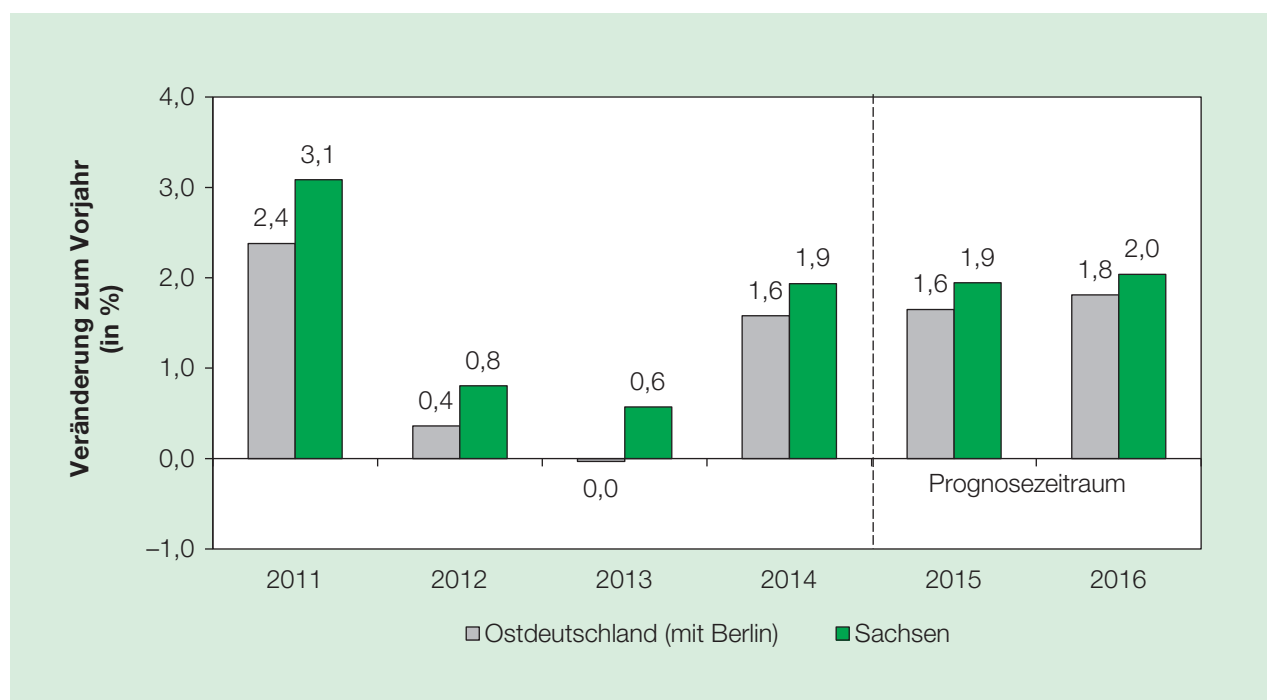
Zum Jahresende hin dürfte sich die Dynamik der konjunkturellen Entwicklung nochmals beschleunigt haben. Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands und Sachsens hatte sich nach einem Einbruch zur Mitte des Jahres 2015 wieder spürbar aufgehellt. Insbesondere die Dynamik in der ostdeutschen und der sächsischen Industrie dürfte zum Jahresausklang Fahrt aufgenommen haben. Zusätzliche positive Impulse kamen für die Konsumgüterproduzenten sowie die konsumnahen Dienstleistungsbereiche von der robusten Entwicklung der privaten Einkommen sowie von der Ausweitung der transfergestützten Nachfrage infolge des Zustroms von Flüchtlingsmigranten. Alles in allem prognostiziert das ifo INSTITUT für das Jahr 2015 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,6% in Ostdeutschland (mit Berlin) und von 1,9% im Freistaat Sachsen (vgl. Abb. 1).

Im Jahr 2016 werden die konjunkturellen Auftriebskräfte nochmals zulegen. Getragen wird die gesamtwirtschaftliche Expansion dabei weiterhin maßgeblich von den binnenwirtschaftlichen Kräften, insbesondere dem privaten Konsum. Dieser steigert die Dynamik gegenüber dem laufenden Jahr sowohl bei den konsumnahen Dienstleistern als auch bei den Konsumgüterproduzenten. Die ostdeutschen Investitionsgüterproduzenten wiederum dürften davon profitieren, dass die im vergangenen Jahr aufgeschobenen Investitionen im laufenden

Jahr nachgeholt werden. Das Baugewerbe dürfte angesichts niedriger Zinsen seine konjunkturelle Hochphase fortsetzen und zudem positive Impulse aufgrund der Notwendigkeit des Baus von Flüchtlingsunterkünften erfahren. Auch die öffentlichen Dienstleister werden von der notwendigen Versorgung der Asylbewerber profitieren können. Somit dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 in Ostdeutschland um 1,8% zulegen; das reale Wachstum der sächsischen Wirtschaft wird sich voraussichtlich auf 2,0% belaufen.

Das günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld macht sich auch auf dem ostdeutschen und dem sächsischen Arbeitsmarkt bemerkbar. In Ostdeutschland (mit Berlin) nahm die Erwerbstätigkeit in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 gegenüber dem Vorjahr um 0,3% zu; im Freistaat Sachsen belief sich das Wachstum auf etwa 0,1%. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im gleichen Zeitraum sogar um 1,5% bzw. 1,4%. Die deutlich höhere Wachstumsrate der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber der Erwerbstätigkeit dürfte dabei auch auf die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zurückzuführen sein, da geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zum Teil wahrscheinlich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt wurden. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Arbeitsmarktdynamik wieder beschleunigen. Begünstigend wirken die Ausweitung der Produktion in nahezu allen Berei-

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2015b), 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

chen der ostdeutschen und der sächsischen Wirtschaft sowie die Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials, sobald die anerkannten Asylbewerber dem hiesigen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Angesichts der häufig eher geringen Qualifikation von Asylbewerbern ist aktuell jedoch unsicher, inwieweit dieses zusätzliche Potenzial tatsächlich dazu beitragen kann, den Fachkräftebedarf der ostdeutschen und der sächsischen Betriebe zu decken. Insgesamt dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahr 2015 um 0,3% in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 0,2% in Sachsen zugenommen haben (vgl. Abb. 2). Im laufenden Jahr dürfte sich die Anzahl erwerbstätiger Personen mit jeweils 0,4% in Ostdeutschland und im Freistaat Sachsen sogar noch etwas dynamischer erhöhen.

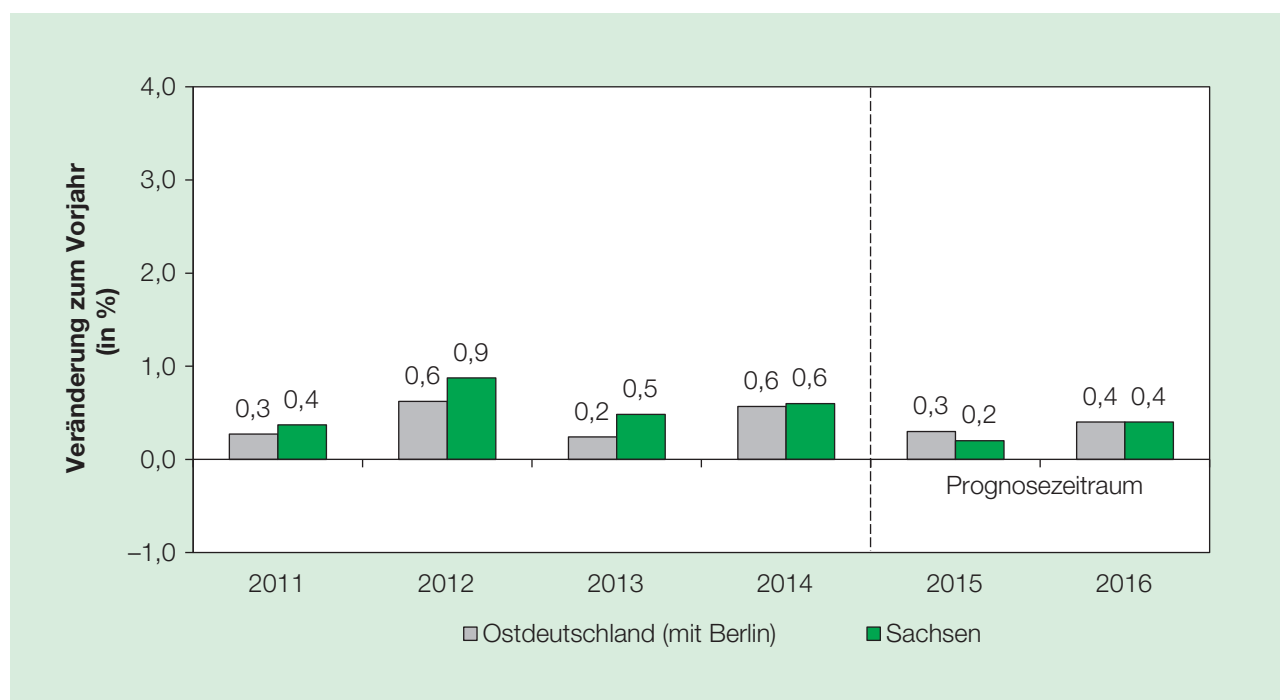
Die Wirtschaftsbereiche im Einzelnen

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe: Zunahme der Dynamik im Prognosezeitraum

In der ostdeutschen und der sächsischen Industrie schwächte sich die Dynamik nach einem guten ersten Quartal im weiteren Verlauf des Jahres 2015 ab. Ein Grund dafür ist, dass die Unternehmen angesichts schwächerer Exporte und der Verunsicherung im Automobilsektor trotz guter Finanzierungsbedingungen einen Teil

ihrer Ausrüstungsinvestitionen verschoben haben dürften. Positive Impulse kamen von der anhaltend hohen Konsumgüternachfrage, die wie auch im Vorjahr von einer robusten Entwicklung am Arbeitsmarkt, den günstigen Konsumentenkrediten sowie einer Steigerung der realen Haushaltseinkommen getragen wurde. Insgesamt konnten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit 50 oder mehr Beschäftigten nach Angaben der amtlichen Statistik in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein nominales Umsatzwachstum von 2,2% in Ostdeutschland (mit Berlin) und von 5,5% in Sachsen erzielen [vgl. hier und im Folgenden STATISTISCHES BUNDESAMT (2015b)]. Die Abschwächung des Welthandels wirkte sich dabei geringer aus als in Deutschland insgesamt, da die ostdeutschen Bundesländer einen geringeren Anteil ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaften. Die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes belief sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 auf 37,8% in Ostdeutschland (mit Berlin) und auf 40,9% im Freistaat Sachsen, aber auf 49,5% für Deutschland insgesamt. Entsprechend der moderaten Ausweitung der industriellen Produktion nahm nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2015) auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur verhalten zu. In Ostdeutschland (mit Berlin) belief sich das Beschäfti-

Abbildung 2: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



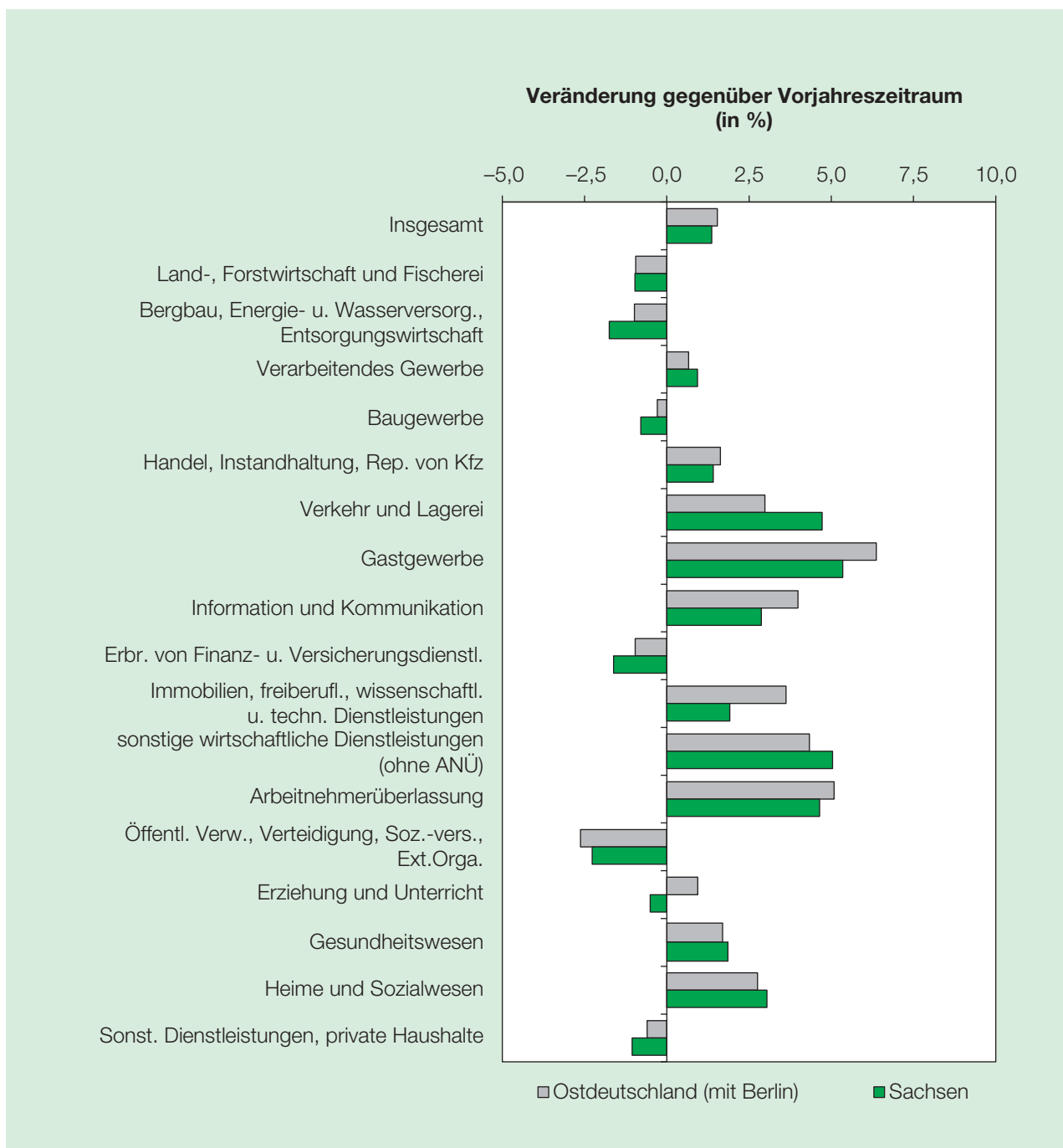
Quellen: Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2015), 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

gungsplus im Verarbeitenden Gewerbe auf 0,7 %, im Freistaat Sachsen auf 0,9 % (vgl. Abb. 3).

Zum Ende des Jahres 2015 kündigte sich eine Beschleunigung der Dynamik im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) an. Darauf deuteten Befragungsergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen hin. Die Geschäftserwartungen im Verarbei-

tenden Gewerbe hellten sich wieder auf. In Anbetracht dieser guten Perspektive und der weiterhin guten Finanzierungsbedingungen ist zu erwarten, dass die Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe aufgeschobene Investitionen im laufenden Jahr nachholen werden. Aufgrund der guten Lage am Arbeitsmarkt sowie der günstigen Einkommenssituation kann zudem weiterhin von einer hohen

Abbildung 3: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen, nach Wirtschaftszweigen, Januar bis September 2015



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2015), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Konsumgüternachfrage ausgegangen werden, die auch im Jahr 2016 positive Impulse im Verarbeitenden Gewerbe entfalten dürfte. Dem gegenüber stehen die dämpfenden Effekte aus dem weniger dynamischen Welthandel. Aufgrund der geringeren Partizipation ostdeutscher Unternehmen am Welthandel werden sich diese Effekte aber nur in geringem Maß bemerkbar machen.

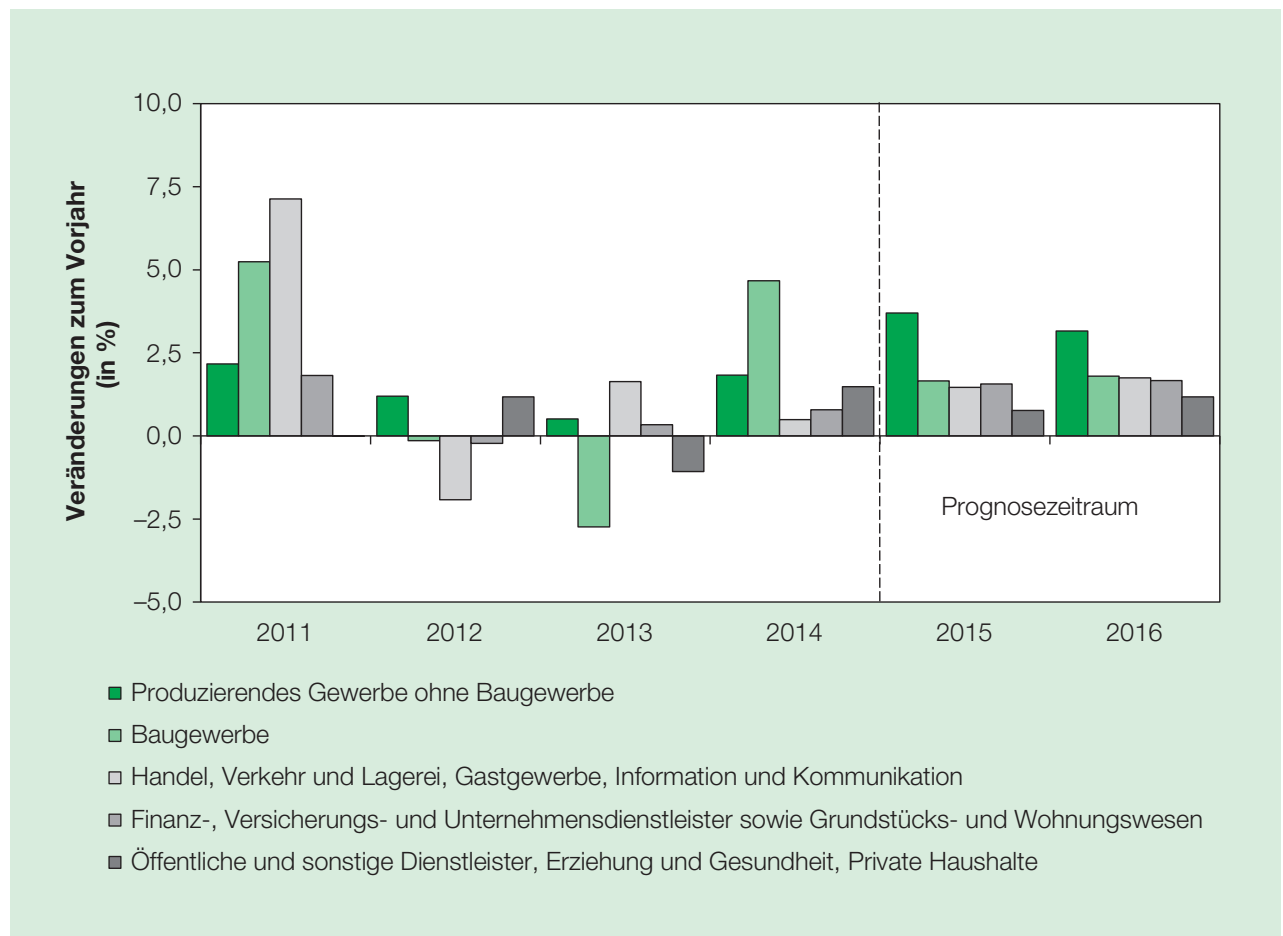
Insgesamt prognostiziert das IFO INSTITUT im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ein Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (mit Berlin) von 3,7 % im Jahr 2015 und von 3,2 % im Jahr 2016 (vgl. Abb. 4).

Das Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) des Freistaats Sachsen dürfte im vergangenen Jahr 3,9 % betragen haben und sich in diesem Jahr auf 3,4 % belaufen (vgl. Abb. 5). Die bessere Entwicklung im Freistaat Sachsen im Vergleich zu Ostdeutschland (mit Berlin) ist auf die bessere Positionierung der sächsischen Industrie bei Investitionsgütern zurückzuführen.

Baugewerbe: Weiterhin hohe Auslastung und neue, zusätzliche Impulse

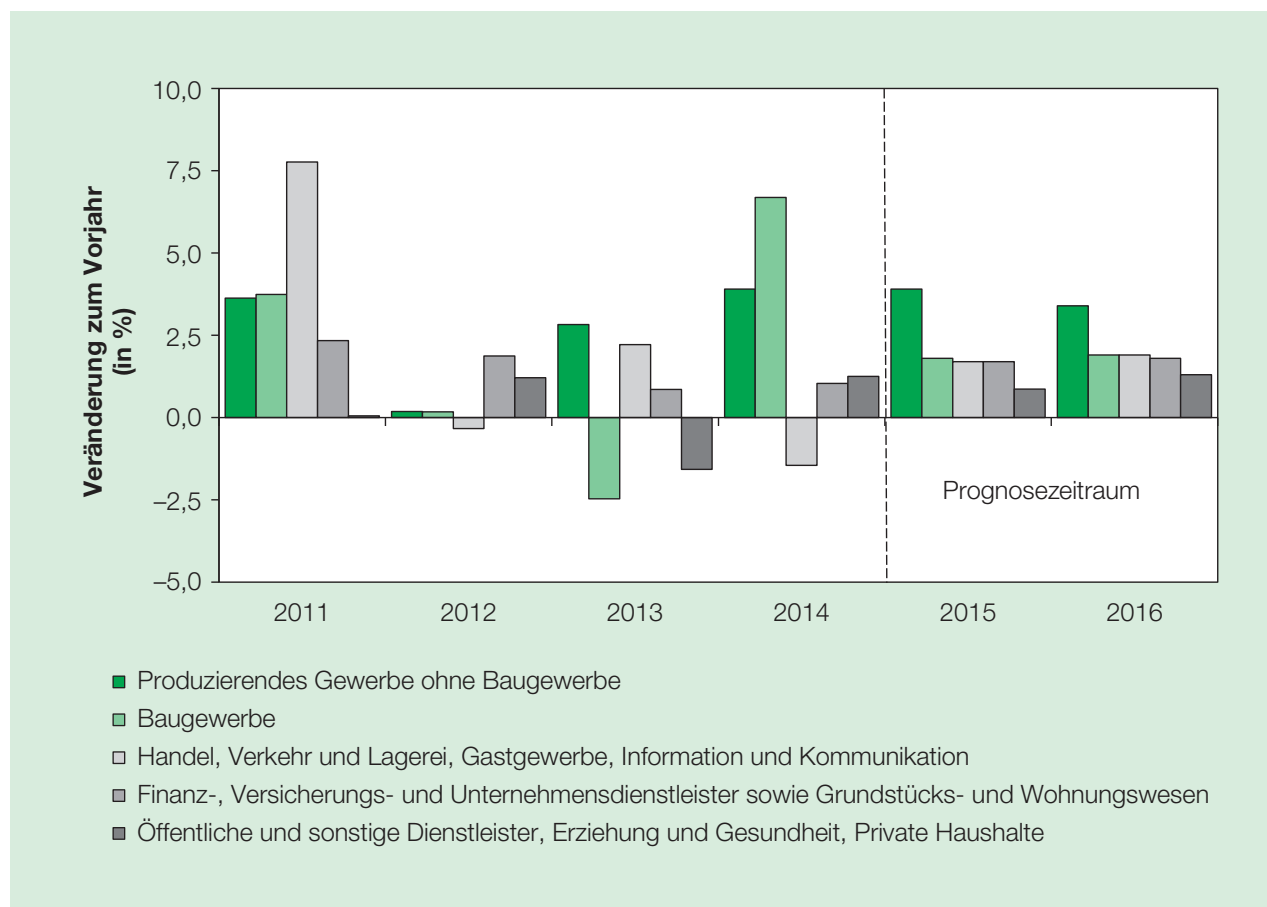
Das ostdeutsche und das sächsische Baugewerbe starteten mit einer Normalisierung der Baukonjunktur ins Jahr 2015. Ab Jahresmitte konnten die Bauunternehmen dann auch im Vorjahresvergleich wieder Umsatzzuwächse realisieren. Die treibenden Kräfte hinter dieser Entwicklung sind vor allem im Wohnungsbau zu finden. Dieser wurde von den niedrigen Zinsen und der guten Finanzausstattung der Haushalte unterstützt. Dagegen gingen vom gewerblichen Bau nur geringe Impulse auf die gesamte Bautätigkeit aus. Verantwortlich hierfür war vor allem die Schwäche des Produzierenden Gewerbes im zweiten und dritten Quartal des vergangenen Jahres. Insgesamt stieg der baugewerbliche Umsatz des Monatsberichts-kreises (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen) in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 im Vorjahresvergleich um 1,1 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 1,8 % im Freistaat Sachsen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT

Abbildung 4: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2015b), 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2015b), 2015 und 2016: Prognose des ifo Instituts.

(2015a)]. Dabei meldeten die Baubetriebe im Rahmen des ifo Konjunkturtests das gesamte Jahr über eine Geräteauslastung weit oberhalb des langjährigen Mittels. Dem gegenüber wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Baugewerbe nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2015) leicht zurückgefahren, und zwar um 0,3% in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 0,8% im Freistaat Sachsen. Diese geringfügige Abnahme ist aufgrund des starken letzten Jahres aber eher als Normalisierung der Beschäftigung denn als Einbruch zu bewerten.

Im laufenden Jahr dürfte die konjunkturelle Dynamik des Bausektors weiter zunehmen. Die im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen äußerten sich zuletzt wieder deutlich optimistischer hinsichtlich der erwarteten Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten. Zurückzuführen ist die Aufhellung der Erwartungen im Wesentlichen auf den aktuell steigenden Wohnungsbedarf. Aufgrund der hohen Zuwanderung von Flüchtlingsmigranten wird im laufenden Jahr zusätzlicher Wohnraum benötigt. Zudem profitieren die Baufirmen auch

davon, dass die aktuell hohen Steuereinnahmen zusätzliche öffentliche Ausgaben in Infrastrukturprojekte ermöglichen dürften.

Insgesamt prognostiziert das ifo INSTITUT daher für Ostdeutschland (mit Berlin) einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 1,7% im Jahr 2015 und von 1,8% im Jahr 2016. Der Freistaat Sachsen dürfte aufgrund der höheren gesamtwirtschaftlichen Dynamik im laufenden Jahr einen höheren Anstieg des Baugewerbes als Ostdeutschland (mit Berlin) aufweisen. Somit ergibt sich für das sächsische Baugewerbe ein Anstieg der realen Bruttowertschöpfung von 1,8% im Jahr 2015 und von 1,9% im Jahr 2016.

Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: Privater Konsum stärkt auch weiterhin die Konjunktur

Die konsumnahen Dienstleister Ostdeutschlands (mit Berlin) und Sachsens konnten ihre Produktion im Jahr

2015 deutlich ausweiten. In den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres stieg der reale Umsatz der sächsischen Einzelhändler gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,7 % und im sächsischen Gastgewerbe um 5,7 % [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2015a)]. Begünstigt wurde diese Entwicklung von der Steigerung der realen Kaufkraft der Verbraucher, vor allem durch die mindestlohnbedingte Zunahme der verfügbaren Einkommen bei gleichzeitig anhaltend niedriger Inflationsrate. Nach Angaben des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSENS (2015c) sind zwar in einigen, insbesondere in vom Mindestlohn mutmaßlich besonders stark betroffenen Bereichen zum Teil erhebliche Preissteigerungen festzustellen. Da diese Bereiche jedoch nur einen geringen Anteil am gesamten Warenkorb haben, war die Jahresteuersatzrate in der ersten Hälfte des Jahres 2015 nicht höher als im Vorjahr. Zusätzlich wurde die Konsumgüternachfrage zu Beginn des Jahres 2015 durch die fortdauernden (wenngleich abklingenden) Effekte des Rückgangs der Rohstoffpreise im Herbst 2014 gestützt. Im weiteren Jahresverlauf weitete sich die Nachfrage dann bedingt durch die Flüchtlingsmigration aus. Zum Ende des vergangenen Jahres gab es zusätzliche Impulse von den abermals gesunkenen Rohstoffpreisen; die daraus resultierende reale Kaufkraftsteigerung wird jedoch voraussichtlich erst im laufenden Jahr vollständig verausgabt. Im Gegensatz zu den konsumnahen Dienstleistern entwickelten sich die unternehmensnahen Dienstleister dieses Aggregats vergleichsweise schwach. Beispielsweise sank der reale Umsatz im sächsischen Großhandel in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,3 %. Der sächsische Kfz-Handel konnte dagegen eine kräftige Steigerung des realen Umsatzes um 5,0 % verbuchen [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2015b)]; negative Auswirkungen des „Abgas-Skandals“ bei einem bedeutenden deutschen Automobilhersteller sind hier bislang nicht zu beobachten. Gleichzeitig nahm nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2015) die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für das gesamte Dienstleistungsaggregat in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Ostdeutschland (mit Berlin) um 2,9 % und im Freistaat Sachsen um 2,8 % zu.

Im vierten Quartal 2015 wird sich das Wachstum im gesamten Dienstleistungssektor fortgesetzt haben. In den konsumnahen Dienstleistungsbereichen Einzelhandel und Gastgewerbe dürfte sich die Dynamik dabei gegenüber der ersten Jahreshälfte etwas abgeschwächt haben, da das Konsumentenvertrauen seit den Sommermonaten spürbar gesunken ist. Im Großhandel und der Logistik dürfte die Dynamik dagegen zum Jahresende auf Grund

der wieder anziehenden Industriekonjunktur etwas stärker ausgefallen sein als im Durchschnitt der ersten drei Quartale.

Auch im weiteren Prognosezeitraum werden der Großhandel und das Transportwesen von der recht dynamischen Industriekonjunktur profitieren. Zudem wird sich auch die Dynamik in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen wieder beschleunigen. Maßgeblich hierfür sind die weiterhin gute Arbeitsmarktkonjunktur mit anhaltend hoher Arbeitsnachfrage sowie eine Erhöhung der Arbeitseinkommen und der monetären Sozialleistungen. So werden unter anderem die Altersrenten zur Mitte des Jahres 2016 kräftig steigen. Zusätzliche Impulse kommen von den monetären Transfers infolge der Flüchtlingsmigration. Jedoch dürften im Jahresverlauf die rohstoffpreisbedingten Kaufkraftgewinne allmählich abklingen, da in der Prognose wie stets ein real konstanter Rohölpreis unterstellt wird. Dies wird die Dynamik im Jahresverlauf etwas dämpfen.

Insgesamt wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des gesamten Dienstleistungsaggregats „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ in Ostdeutschland (mit Berlin) im Jahr 2015 voraussichtlich um 1,5 % und im Jahr 2016 um 1,7 % expandieren. Im Freistaat Sachsen dürfte das Wachstum aufgrund der besseren konjunkturellen Dynamik mit 1,7 % im vergangenen und mit 1,9 % im laufenden Jahr etwas höher sein.

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen: Auftriebskräfte gewinnen an Fahrt

Die wirtschaftsnahen Dienstleister konnten ihre Produktion in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres ebenfalls steigern, wenn auch etwas schwächer als im Sommer erwartet. Maßgeblich hierfür war die schwächere Entwicklung der ostdeutschen und der sächsischen Industrie. Dennoch bauten die wirtschaftsnahen Dienstleister insgesamt auch weiter Beschäftigung auf. Nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2015) stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Januar bis September 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,6 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 3,0 % im Freistaat Sachsen. Dabei nahm die Beschäftigung im Bereich Arbeitnehmerüberlassung um 5,1 % bzw. 4,6 % zu. Dagegen setzte sich bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern der negative Beschäftigungstrend der vergangenen Jahre fort; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank um 1,0 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 1,6 % in Sachsen.

Im gesamten Prognosezeitraum dürfte die Produktion bei den unternehmensnahen Dienstleistern weiterhin moderat expandieren. Die Dynamik folgt dabei dem Verlaufsbild der Industriekonjunktur. Im Grundstücks- und Wohnungswesen dürfte die Produktion durch den zusätzlichen Wohnraumbedarf der Flüchtlingsmigranten zusätzliche Impulse erfahren. Die Dynamik in diesem Bereich wird daher im Prognosezeitraum im Allgemeinen zunehmen, jedoch auch weiterhin von der regional unterschiedlich starken Nachfrage nach Wohn- und Gewerberäumen geprägt sein. Im Finanz- und Versicherungsgewerbe wird die wirtschaftliche Entwicklung auch im Prognosezeitraum maßgeblich vom niedrigen Zinsniveau geprägt: Dieses begünstigt zwar die Kreditnachfrage, insbesondere nach Konsumentenkrediten; es dämpft aber zugleich die Zinseinnahmen der Finanzinstitute und die Sparquote der privaten Haushalte.

Für das gesamte Aggregat „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen“ prognostiziert das IFO INSTITUT in Ostdeutschland (mit Berlin) einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,6 % im Jahr 2015 und um 1,7 % im Jahr 2016. Im Freistaat Sachsen wird die Dynamik mit einem Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 1,7 % im abgelaufenen Jahr und 1,8 % in diesem Jahr geringfügig stärker ausfallen.

Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte: Ausweitung der Produktion zur Bewältigung der Flüchtlingsthematik

Im Laufe des Jahres 2015 sahen sich die übrigen Dienstleistungsbereiche höchst unterschiedlichen Entwicklungen gegenüber. Beispielsweise sank die Beschäftigung bei den privaten Dienstleistern zu Jahresbeginn deutlich; dies dürfte auch auf die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zurückzuführen sein. Ab Jahresmitte hat sich die Beschäftigungsentwicklung jedoch wieder erholt, sodass im Herbst fast wieder das Beschäftigungsniveau des Vorjahres erreicht wurde. Die öffentlichen Dienstleister in Ostdeutschland (mit Berlin) und im Freistaat Sachsen setzten ihren Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre zunächst fort. Mit dem Erreichen der Flüchtlingsströme nach Deutschland weiteten sie ihre Produktion und Beschäftigung aber wieder aus. Insgesamt stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im gesamten Aggregat in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2015) um 0,6 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 0,5 % im Freistaat Sachsen.

Im Prognosezeitraum wird die Dynamik des gesamten Aggregats maßgeblich von der zusätzlichen Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen im Zuge der Flüchtlingsthematik geprägt sein. Das IFO INSTITUT erwartet in diesem Zusammenhang eine massive Ausweitung öffentlicher Ausgaben sowohl für Personal als auch für Sachmittel. Hinzu kommen die bereits länger angekündigte Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, etwa bei Lehrern und bei Polizisten, sowie die wertschöpfungssteigernde Wirkung der Lohnsteigerungen im Jahr 2016. Dadurch dürfte die Dynamik bei den öffentlichen Dienstleistern im Prognosezeitraum erheblich an Fahrt gewinnen. Die übrigen Dienstleistungsbereiche werden sich dagegen eher entsprechend ihrer längerfristigen Trends entwickeln.

Insgesamt prognostiziert das IFO INSTITUT eine Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Aggregat „Öffentliche und sonstige Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte“ in Ostdeutschland (mit Berlin) von 0,8 % für das vergangene und von 1,2 % für das laufende Jahr. Für den Freistaat Sachsen wird eine Zunahme von 0,9 % im Jahr 2015 und von 1,3 % im Jahr 2016 prognostiziert.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2015): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand: Februar 2015, erschienen im März 2015.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (HRSG.) (2015a): Bruttoinlandsprodukt, 1. Halbjahr 2015 – vorläufige Ergebnisse, Länderergebnisse für Deutschland, Berechnungsstand August 2015, erschienen im September 2015.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2015b): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand November 2014/ Februar 2015, erschienen im April 2015.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2015): Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- NIERHAUS, W. (2016): Deutschlandprognose 2016/2017: Verhaltener Aufschwung geht weiter. In: ifo Dresden berichtet (23) 01/2016; S. 3–10.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bun-

desländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 15. Dezember 2015.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, September 2015, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im November 2015.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2016): Deutsche Wirtschaft im Jahr 2015 weiter im Aufschwung, Pressemitteilung Nr. 014 vom 14.01.2016, Wiesbaden.

STATISTISCHES LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSENS (Hrsg.) (2015a): Einzelhandel und Gastgewerbe im Freistaat Sachsen September 2015, Statistischer Bericht G I 3 – m 09/15 und G IV 3 - m 09/15, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSENS (Hrsg.) (2015b): Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Freistaat Sachsen September 2015, Statistischer Bericht G I 2 – m 09/15, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSENS (Hrsg.) (2015c): Wirtschaft im Freistaat Sachsen – Ergebnisse der amtlichen Statistik 2014, Statistischer Bericht Z I 2 – j/14, Kamenz.

Die politischen Kosten von Gebietsreformen

Felix Rösel*

Gebietsreformen prägen seit Jahrzehnten die kommunalpolitische Diskussion in Deutschland. Die Zusammenlegung von Gemeinden oder Landkreisen wird im Allgemeinen mit fiskalischen Einsparpotenzialen aufgrund steigender Skalenerträge oder einer höheren Effizienz der Verwaltung begründet. Empirisch kann diese Grundannahme nur bedingt gestützt werden. So finden etwa REINGEWERTZ (2012) und BLESSE und BASKARAN (2013) geringere Pro-Kopf-Ausgaben in fusionierten Gemeinden in Israel bzw. Deutschland (Brandenburg). Die Studien von MOISIO und UUSITALO (2013) oder auch ALLERS und GEERTSEMA (2014) können für Finnland bzw. die Niederlande derartige Einspareffekte jedoch nicht bestätigen. LÜCHINGER und STUTZER (2002) und FRITZ (2011) zeigen gar *steigende* Pro-Kopf-Ausgaben in zusammengelegten Gemeinden in der Schweiz bzw. Baden-Württemberg. Die bemerkenswerte Widersprüchlichkeit der empirischen Ergebnisse resultiert insbesondere aus bisher nur unzureichend gelösten methodischen Problemen bei der Bestimmung des Nutzens von Gebietsreformen.¹

In der Debatte um Gebietsreformen wurde bisher nahezu vollständig ausgeblendet, dass Fusionen von Gebietskörperschaften stets auch mit Kosten verbunden sind. Dieser Beitrag will diese Lücke in der Literatur schließen. Im Folgenden sollen die Kosten von Gemeindereformen anhand der 2015 in Kraft getretenen Gemeindegebietsreform im österreichischen Bundesland Steiermark näher dargestellt werden. Unter „Kosten“ werden hierbei ausdrücklich *nicht* die einmalig anfallenden Kosten der Verwaltungsumstellung, z. B. zum Neu- und Umbau von Gebäuden, sondern dauerhafte „politische Kosten“ verstanden. Derartige Kosten entstehen aus einer höheren Unzufriedenheit der Gemeindebevölkerung infolge einer ungenaueren Bedienung politischer Präferenzen in größeren Gebietskörperschaften.

Die Gemeindereform in der Steiermark zeigt, dass derartige Kosten eine substantielle Höhe erreichen können. So nahm in den fusionierten Gemeinden der Einfluss einer Wählerstimme auf das Gemeindevahlergebnis um fast 80 % ab. Zugleich führten die Fusionen in rund 10 % aller vormals von sozialdemokratischer SPÖ oder konservativer ÖVP mit absoluter Mehrheit regierten Gemeinden zu einer rechnerischen Umkehr der absoluten Mehrheit im Gemeinderat zugunsten der jeweils anderen Volkspartei. Mehr als ein Viertel aller Wahlberechtigten in diesen Gemeinden werden hierdurch gegenüber dem Status Quo schlechter gestellt. Die hieraus resultierende Frustration führte schließlich zu einer um 2,6 % ge-

ringeren Wahlbeteiligung und einem um 2,7 % höheren Stimmanteil für die rechtspopulistische FPÖ.

Gemeindestrukturreform 2015 in der Steiermark

Die Steiermark ist mit rund 1,2 Mill. Einwohnern das viertgrößte Bundesland der Republik Österreich. Bis Ende des Jahres 2014 bestanden in der Steiermark 542 selbstständige Gemeinden (vgl. Abb. 1). Im Zuge der im Jahr 2013 verabschiedeten „Gemeindestrukturreform“ wurden zum Stichtag 01.01.2015 insgesamt 385 Gemeinden (dunkelgrüne Färbung in Abbildung 1) zu 130 neuen Gemeinden fusioniert; das Gemeindegebiet der restlichen 157 Gemeinden blieb unverändert (weiße Färbung). Nunmehr bestehen 287 Gemeinden in der Steiermark, die einwohnermäßig größte Gemeinde ist hierbei mit Abstand die Landeshauptstadt Graz.

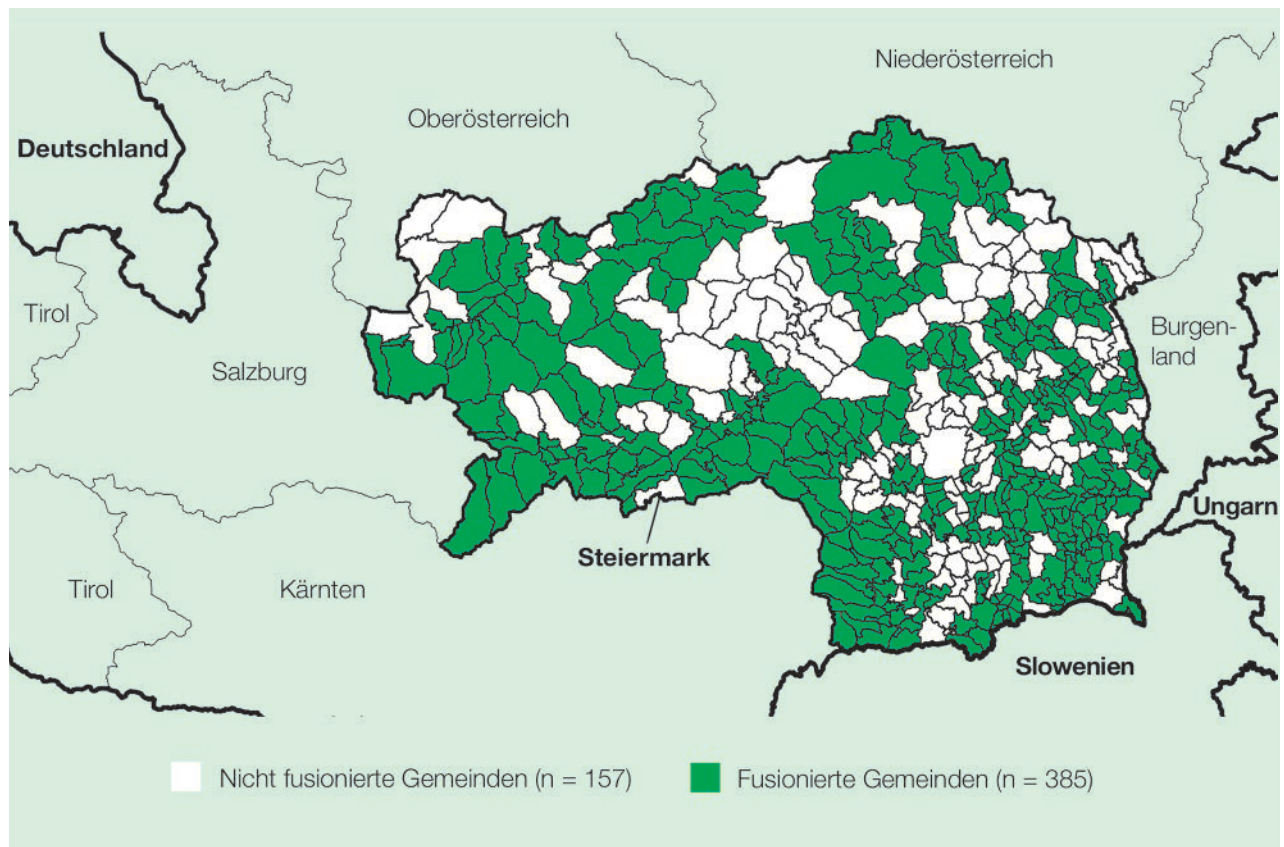
Der Prozess der Gemeindereform in der Steiermark gliederte sich in eine freiwillige Phase, in der die Gemeinden eigene Vorschläge zu Zusammenschlüssen einbringen konnten, und eine anschließende Zwangsphase. Die Zwangsfusionen führten zu einer lautstark ausgetragenen öffentlichen Debatte, in der sich insbesondere die im Landtag oppositionelle Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) als Gegner der Gemeindereform positionierte. Trotz massiver Proteste trat die Reform jedoch planmäßig zum 01.01.2015 in Kraft. Klagen der von Zwangsfusionen betroffenen Gemeinden wurden vom Verfassungsgerichtshof abgewiesen.

Geringerer Einfluss der Wahlstimme auf den Wahlausgang

Im Folgenden sollen die mit der Gemeindestrukturreform in der Steiermark entstandenen politischen Kosten näher diskutiert werden. Der offensichtlichste Fall politischer Kosten entsteht aus dem Rückgang des Einflusses einer einzelnen Wahlstimme auf den Wahlausgang bei der Gemeinderatswahl. Mit zunehmender Bevölkerungsgröße und damit auch größerer Zahl der Wähler einer Gebietskörperschaft sinkt der Anteil einer Wahlstimme am Wahlergebnis. Hierdurch nimmt zugleich der Anreiz der

* Felix Rösel ist Doktorand der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Gemeindefusionen in der Steiermark 2015 (Gebietsstand 31. 12. 2014)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

eigenen Stimmabgabe ab [Downs (1957)], was sich – wie später näher gezeigt wird – in einem Rückgang der Wahlbeteiligung widerspiegeln kann.

Bis zur Gemeindereform 2015 besaß der durchschnittliche steirische Wähler (ohne Graz) potenziell einen Einfluss von rund 0,14 % auf den Wahlausgang bei der Gemeinderatswahl (vgl. Tab. 1). Nach der Reform fiel dieser Wert um rund zwei Drittel auf nur noch 0,05 % des Wahlergebnisses. In den fusionierten Gemeinden vollzog sich der Rückgang noch deutlicher: Bei den ersten Wahlen nach der Gemeindestrukturreform im Mai 2015 ging

die Einfluss der eigenen Wahlstimme auf das Wahlergebnis von 0,16 % auf 0,04 % und damit um fast 80 % zurück.

Umkehr von Gemeinderatsmehrheiten

Lokale Unterschiede in den Präferenzen für öffentlich bereitgestellte Güter, z. B. die Unterstützung des lokalen Vereinslebens oder Kinderbetreuung, aber auch die örtliche Gebühren- und Steuerstruktur, können in einer klein-

Tabelle 1: Durchschnittlicher Einfluss einer Wahlstimme auf das Wahlergebnis^a

	n	Vor der Reform	Nach der Reform	Änderung
Fusioniert	385	0,1643 %	0,0350 %	-78,7 %
Nicht fusioniert ^b	156	0,0732 %	0,0732 %	0,0 %
Gesamt ^b	541	0,1378 %	0,0461 %	-66,6 %

a) Kehrwert der Wahlbevölkerung (Durchschnitt über die jeweiligen Gemeinden). – b) Ohne Graz.

Quellen: Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2015), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

teiligen Gebietsstruktur besser berücksichtigt werden [OATES (1972)]. In ländlich geprägten Vorortgemeinden wird nach einer Eingemeindung in eine größere Stadt nicht selten eine anschließende Dominanz durch die in ihrer Sozialstruktur stark von den Vororten abweichende Stadt beklagt. Je stärker die (nicht nach Ortsteilen differenzierbaren) politischen Maßnahmen des Gemeinderates der Stadt von den Vorstellungen der Vororte abweichen, umso weniger passgenau werden öffentliche Leistungen in den Vororten bereitgestellt.

Die Gemeindefusionen in der Steiermark bieten wiederum ein anschauliches Beispiel für diesen Effekt. Die lokalen Präferenzen sollen hierbei über die Stimmen für die beiden Volksparteien SPÖ und ÖVP gemessen werden. Vor der Reform wurden insgesamt 342 der 385 fusionierten Gemeinden im Gemeinderat mit absoluter Mehrheit von sozialdemokratischer SPÖ (87 Gemeinden) oder konservativer ÖVP (255 Gemeinden) regiert. Berechnet man nun die abgegebenen Stimmen bzw. Mandate bei der Gemeinderatswahl 2010 auf Basis der neuen Gebietsstände, entspräche auf dem Gebiet von 266 vormaligen Gemeinden die frühere Gemeinderatsmehrheit auch der späteren nach einer Fusion mit den Nachbargemeinden (nur Gemeinden mit SPÖ- oder ÖVP-Mehrheit). In 30 der fusionierten Gemeinden (10,1 %) führt die Zusammenlegung mit anderen Gemeinden jedoch zu einer rechnerischen Mehrheitsumkehr: Sieben vormalige ÖVP-Mehrheits-Gemeinden würden (bei unverändertem Wählerverhalten) in der vergrößerten Gebietsstruktur nunmehr von einer sozialdemokratischen Ratsmehrheit geführt werden; 23 vormalige Gemeinden würden von einer absoluten SPÖ- zu einer absoluten ÖVP-Mehrheit wechseln (vgl. Tab. 2).

Insgesamt würden allein aufgrund des Neuzuschnitts des Gemeindegebietes rund 13.500 Wähler der vormaligen Mehrheitsparteien schlechter gestellt. Berücksichtigt

man hierbei, dass zugleich etwa 7.400 Wähler der vormaligen Oppositionspartei besser gestellt werden (ihre Partei stellt im neuen Gebietsstand nunmehr die Ratsmehrheit), ergibt sich eine Nettodifferenz von rund 6.100 Wählern, die sich durch die Gemeindeform im Saldo schlechter stellen als in der kleinteiligeren Gebietsstruktur vorher. Dies entspricht rund 26,3 % aller Wahlberechtigten in den betroffenen Gemeinden und damit einem beachtlichen Wähleranteil, der allein aufgrund der geänderten Gemeindestrukturen schlechter gestellt wird.²

Geringe Wahlbeteiligung, mehr Proteststimmen

Die weniger treffsichere Bedienung lokaler Präferenzen in größeren Einheiten kann schließlich zu einer zunehmenden Wahlabstinenz sowie einem steigenden Stimmanteil für Protestparteien führen. In Abbildung 2 sind in den oberen Grafiken die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen 1990–2015 sowie der Stimmanteil für die rechtspopulistische FPÖ bei Landtagswahlen 1986–2015 für fusionierte und nicht fusionierte Gemeinden abgetragen. Die unteren Grafiken zeigen die Differenzen zwischen beiden Gemeindegruppen über die Zeit.

Die Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen (linke Grafiken) lag in den fusionierten Gemeinden vor 2015 stets oberhalb der nicht-fusionierten Gemeinden – im langjährigen Mittel betrug die Differenz 2,1 %. Nach der Reform lag die Wahlbeteiligung in den fusionierten Gemeinden mit 77,3 % um 0,5 % unterhalb der Wahlbeteiligung in den nicht-fusionierten Gemeinden (77,8 %). Die Differenz der Differenzen³ in Höhe von 2,6 % (2,1 % minus –0,5 %) gibt den Effekt der Gemeindefusionen auf die Wahlbeteiligung an; der Effekt ist signifikant von null verschieden.

Tabelle 2: Absolute Mehrheiten in den Gemeinderäten der fusionierten Gemeinden

		Nach der Reform (rechnerisch)		
		SPÖ	ÖVP	Keine/andere
Vor der Reform	SPÖ	44	23	20
(tatsächlich)	ÖVP	7	222	26
	Keine/andere	4	18	21

Neue Mehrheitsverhältnisse (n = 98) Unveränderte Mehrheitsverhältnisse (n = 287)

Lesehinweis: Die Tabelle zeigt in den Zeilen die tatsächliche Mehrheit in den Gemeinderäten der 385 fusionierten Gemeinden der Steiermark auf Basis der Gemeinderatswahl 2010. In den Spalten wird die (rechnerische) Mandatsmehrheit auf Basis der Gemeinderatswahl-ergebnisse 2010 in der neu gebildeten Gemeinde dargestellt, zu der die fusionierte Gemeinde seit Januar 2015 gehört.

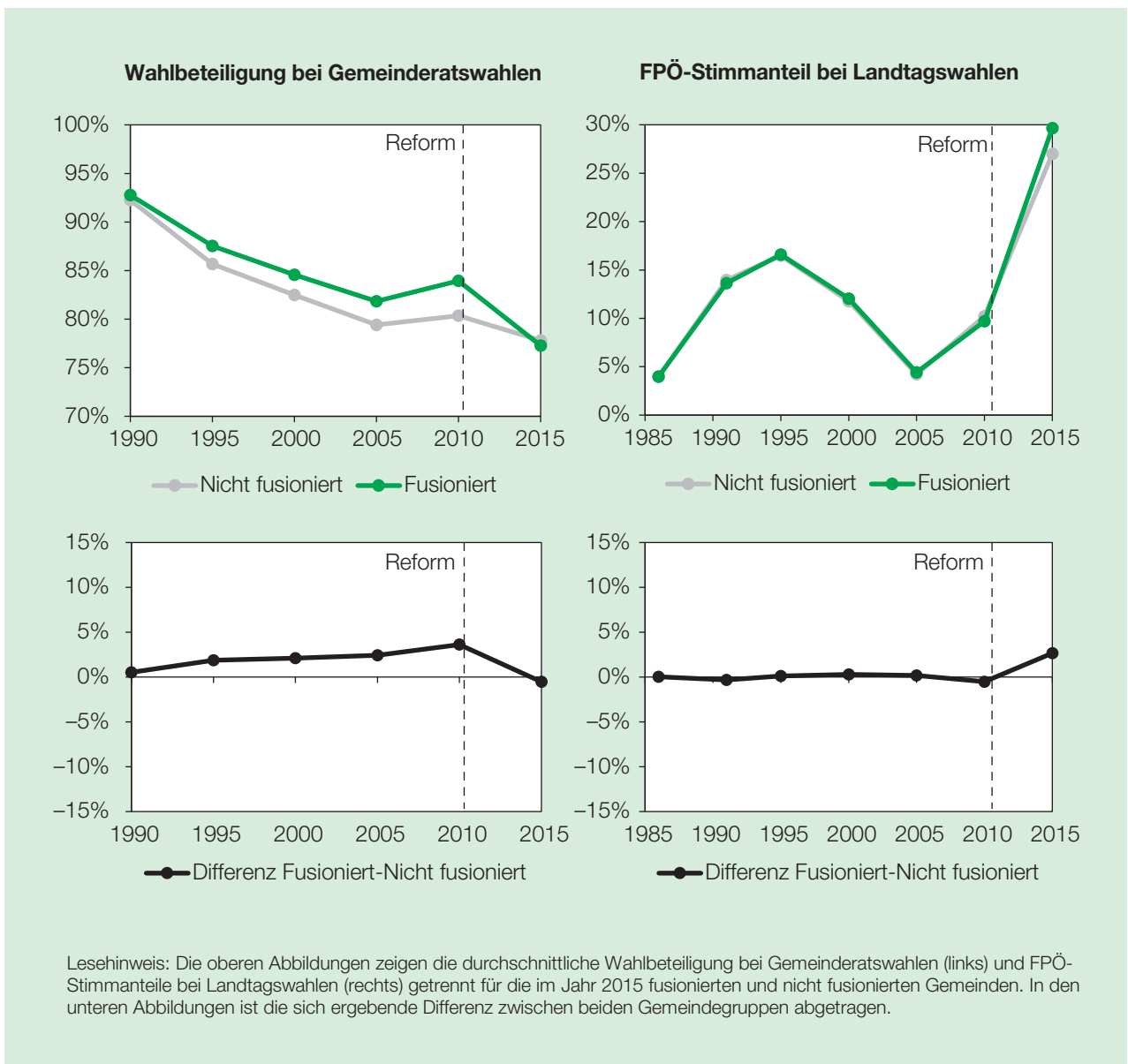
Quellen: Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2015), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

Nochmals bemerkenswerter stellt sich die Entwicklung der FPÖ-Stimmanteile bei den steirischen Landtagswahlen dar (vgl. Abb. 2, rechte Grafiken). Diese waren bis 2015 in beiden Gemeindegruppen fast vollständig identisch (Mittelwert 1986–2010 jeweils 10,1 %). In Abbildung 2, obere Grafik, ist auch im Zeitverlauf kein Unterschied zwischen beiden Gruppen bis 2015 zu erkennen. Nach der Reform stieg der FPÖ-Wahlanteil bei den Landtagswahlen in den fusionierten Gemeinden jedoch um 2,7 % stärker gegenüber dem langjährigen Mittelwert als in den nicht-fusionierten Gemeinden. Auch hierin spiegeln sich politische Kosten bzw. die Unzufriedenheit mit den neuen Gebietsstrukturen wider.

Fazit

Die Debatte um Gemeinde- oder Kreisgebietsreformen verkürzt sich zumeist auf die Frage möglicher fiskalischer Einspareffekte, die empirisch bisher jedoch nur in Einzelfällen nachgewiesen werden konnten. Ausgeblendet wurden sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch der wissenschaftlichen Literatur bis dato die politischen *Kosten* von Gebietsreformen. Die schlechtere Bedienung lokaler Präferenzen sowie das sinkende Gewicht der eigenen Wahlstimme können etwa zu einer steigenden Wahlabstinz oder einer Zunahme von Proteststimmen führen.

Abbildung 2: Politische Reaktionen nach der Gebietsreform in der Steiermark 2015



Lesehinweis: Die oberen Abbildungen zeigen die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen (links) und FPÖ-Stimmanteile bei Landtagswahlen (rechts) getrennt für die im Jahr 2015 fusionierten und nicht fusionierten Gemeinden. In den unteren Abbildungen ist die sich ergebende Differenz zwischen beiden Gemeindegruppen abgetragen.

Quellen: Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2015), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts

Die Zusammenlegung von Gemeinden oder Landkreisen stellt damit auch demokratiepolitisch einen scharfen Eingriff dar. Der Gesetzgeber sollte daher zunächst immer auch andere, mildere Mittel zur Erreichung möglicher Einspareffekte prüfen. So würden beispielsweise gemeinsame Ämter, Verwaltungsgemeinschaften oder vom Land unterstützte Formen der interkommunalen Kooperation potenzielle Einsparungen in der Administration ermöglichen, zugleich aber die Entscheidungshoheit über örtliche Angelegenheiten bei den kleineren Einheiten vor Ort belassen.

Literatur

- ALLERS, M. und J. GEERTSEMA (2014): The Effects of Local Government Amalgamation on Public Spending and Service Levels. Evidence from 15 Years of Municipal Boundary Reform, Discussion Paper Nr. 14019-EEF, University of Groningen.
- AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG (Hrsg.) (2015): Wahlen, <http://www.wahlen.steiermark.at>, zuletzt abgerufen am 04. 11. 2015.
- BLESSE, S. und T. BASKARAN (2013): Do Municipal Mergers Reduce Costs? Evidence from a German Federal State, cege Discussion Paper Nr. 176, Georg-August-Universität Göttingen.
- DOWNES, A. (1957): An Economic Theory of Democracy, Harper & Row, New York.
- FRITZ, B. (2011): Fiscal Effects of Municipal Amalgamations: Evidence from a German State, mimeo, Walter Eucken Institut, Universität Freiburg.
- LÜCHINGER, S. und A. STUTZER (2002): Skalenerträge in der öffentlichen Kernverwaltung: eine empirische Analyse anhand von Gemeindefusionen, *Swiss Political Science Review* 8, S. 27–50.
- MOISIO, A. und R. UUSITALO (2013): The Impact of Municipality Mergers on Local Public Expenditures in Finland, *Public Finance and Management* 13, S. 148–166.
- OATES, W. (1972): *Fiscal Federalism*, Harcourt, Brace, Jovanovich, New York.
- REINGEWERTZ, Y. (2012): Do Municipal Amalgamations Work? Evidence from Municipalities in Israel, *Journal of Urban Economics* 72, S. 240–251.

¹ Zur Untersuchung möglicher Einspareffekte bedarf es einer validen Kontrollgruppe, die das Kontrafaktum zur Reformgruppe bildet. Werden Fusionen jedoch mit dem Ziel von Einsparungen in den Pro-Kopf-Ausgaben eingeleitet, so ist das Treatment (Fusion) nicht mehr unabhängig von der interessierenden Variable (Pro-Kopf-Ausgaben). Die Bestimmung eines kausalen Effektes wird damit deutlich erschwert. Ein weiteres Problem resultiert aus der Endogenität von Einnahmen und Ausgaben. Mit Gebietsreformen gehen im Regelfall auch eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs und veränderte Zuweisungen an die neugebildeten Einheiten einher. Folgen die Gemeindeausgaben den -einnahmen, so sind Fusions- und Finanzausgleicheffekt nicht mehr unterscheidbar und hierdurch ein kausaler Effekt nicht zu bestimmen.

² Die größtmögliche Umsetzung von Präferenzen würde dieser Logik zufolge in 1-Personen-Gebietskörperschaften gelingen. Dem stehen jedoch steigende Kosten z. B. durch Spillover-Effekte gegenüber, weshalb 1-Personen-Einheiten wahrscheinlich keine effiziente Lösung darstellen dürften.

³ Eine wichtige Grundannahme der Methodik der Differenzen-von-Differenzen kann in diesem Falle als erfüllt gelten: Gemeindefusionen dürften im Regelfalle nicht von Erwägungen bezüglich der Wahlbeteiligung oder Wahlstimmen bei Landtagswahlen geleitet sein.

Wenn Migranten alt werden – Das Altenpflegesystem zwischen Versorgungslücken und Entwicklungspotenzialen

Gesine Marquardt, Elma Delkic und Tom Motzek*

Einleitung

Der Zuzug von Migranten nach Deutschland verlangsamt zwar die Bevölkerungsalterung, aber gleichzeitig wächst die Bevölkerungsgruppe der Migranten, die derzeit und in naher Zukunft in das Rentenalter eintritt, sehr stark an. In der Folge wird die Anzahl pflegebedürftiger Personen mit Migrationshintergrund zunehmen. Dies wird insbesondere spürbare Effekte für Pflegedienste und -einrichtungen in den westdeutschen Ballungsräumen, wo die sogenannten ehemaligen „Gastarbeiter“ leben, hervorrufen. Aber auch in Ostdeutschland, wo insbesondere ältere Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion leben, werden entsprechende Beratungs- und Pflegeangebote nachgefragt werden.

Um Aussagen über die zukünftig benötigten Versorgungsstrukturen treffen zu können, sind Untersuchungen dazu notwendig, in welchem Umfang zukünftig mit älteren und pflegebedürftigen Migranten zu rechnen ist. Die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) hat im Jahr 2014 die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS beauftragt, den Zusammenhang von Migration und demographischer Entwicklung zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die das IFO INSTITUT zusammen mit den Lehrstühlen für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung sowie für Sozial- und Gesundheitsbauten der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN durchgeführt hat, sind im September 2015 erschienen [vgl. FES (2015); im Netz verfügbar unter www.fes.de]. Das Gutachten besteht aus drei Kapiteln: Es befasst sich mit den Auswirkungen von Migration auf (1.) den demographischen Wandel, (2.) auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme und nimmt (3.) die Lage älterer Migranten in Deutschland in den Fokus. Der vorliegende Artikel fasst das dritte Kapitel zusammen.

Über den Gesundheitszustand und Pflegebedarf von Migranten ist wenig bekannt

Die Migranten der 1960er und 70er Jahre verrichteten oftmals körperlich belastende Tätigkeiten und sie sind aufgrund von Zugangsbarrieren zum Gesundheitssystem sowie einem niedrigeren sozioökonomischen Status er-

höhten Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Demnach ist davon auszugehen, dass Migranten im Alter auch einem höheren Pflegerisiko und -bedarf ausgesetzt sein werden. Jedoch sind hier der Healthy-Migrant-Effekt (d. h. vorwiegend die jungen und gesunden Menschen migrieren) sowie die hohen familiären Unterstützungspotenziale als protektive Faktoren aufzuführen [KOHLS (2012), S. 31]. Fundierte Aussagen über das aktuelle Pflegerisiko sind angesichts fehlender migrationspezifischer Datengrundlagen nicht möglich. Spezifische Untersuchungen zur Sterblichkeit von Migranten, welche auf der Bevölkerungsstatistik beruhen, sind allerdings häufig verzerrt, da beispielsweise die Rückwanderung in das Herkunftsland nicht erfasst wird [KIBELE et al. (2008), S. 392].

Auch die gegenwärtige Inanspruchnahme von Pflegeleistungen durch Migranten wird nicht erfasst. Zwar liegen Daten über die Pflegebedürftigkeit seitens der amtlichen Pflegestatistik, der sozialen Pflegeversicherung (SPV) und der privaten Pflegeversicherung (PPV) vor, allerdings liefern diese Bestände keine Angaben über einen möglichen Migrationsstatus der Versicherten. Laut § 109 SGB XI ist dessen Erhebung in der amtlichen Pflegestatistik des STATISTISCHEN BUNDESAMTES nicht vorgesehen [vgl. KOHLS (2012), S. 48f.]. Demgemäß gibt es auch keine statistische Erfassung der Inanspruchnahme von Pflegediensten seitens der pflegebedürftigen Migranten. Für den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) spielt der Migrationshintergrund bei der Ermittlung der Pflegebedürftigkeit ebenfalls keine wesentliche Rolle [vgl. KOHLS (2012), S. 49]. Aufgrund der geringen Verfügbarkeit von entsprechendem Datenmaterial liegen somit nur wenige Befunde zu pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund vor [vgl. KOHLS (2012), S. 50]. Schätzungen zufolge gab es 2009 in der Bundesrepublik knapp 2,3 Mill. pflegebedürftige Personen in der Gruppe der über 65-Jährigen, von denen 192.000 einen Migrationshintergrund hatten [vgl. KOHLS (2012), S. 7]. Weiterhin wurde festgestellt,

* Elma Delkic ist Stadtplanerin und als Quartiersentwicklerin bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung in Hamburg tätig. Prof. Dr.-Ing. Gesine Marquardt ist Inhaberin der Professur für Sozial- und Gesundheitsbauten und Nachwuchsgruppenleiterin und Tom Motzek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Architektur im demografischen Wandel“ an der Technischen Universität (TU) Dresden.

dass acht Prozent der Pflegebedürftigen in Privathalten, sieben Prozent der Klienten ambulanter Dienste sowie neun Prozent der in Pflegeheimen versorgten Menschen einen Migrationshintergrund haben [BMG (2011), S. 60, 82, 133].

Belastbare Schätzungen und qualitative Erhebungen zum Pflegebedarf von Migranten sind jedoch unabdingbar, da nur so zukünftige Bedarfe prognostiziert und entsprechende Maßnahmen abgeleitet werden können. Gerade die Alterung von Migranten unterliegt einer rasanten Dynamik. Insbesondere die über 60-jährigen Migranten zählen gegenwärtig zu den am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppen innerhalb der Bundesrepublik [vgl. GLADIS et al. (o.J.), S. 4 und RAHMANI-GHASSABEH (2010), S. 48]. Diese Entwicklung trifft in erster Linie auf die einstige türkischstämmige Gastarbeitergeneration zu, die deutschlandweit die größte Einwanderergruppe darstellt [vgl. NAEGELE (2008), S. 14]. Sie befindet sich im Rentenalter bzw. nähert sich diesem an. Von ihrem Rückkehrwunsch in die Heimat entfernt sie sich verstärkt und will stattdessen in Deutschland ihren Ruhestand verbringen. Die Kernargumente für diese Entscheidung sind die hier lebenden Kinder und Familie, die gute gesundheitliche Versorgung, die emotionale Entkoppelung vom Heimatland bei gleichzeitig wachsender Vertrautheit mit den deutschen Verhältnissen sowie die Auflösung der ehemaligen sozialen Netzwerke im Herkunftsland [vgl. NAEGELE (2008), S. 14; PAILLON (2010), S. 21; STANJEK/ ZWAR ZENTRALSTELLE NRW (2004), S. 10; DOMENIG (2007), S. 398 sowie LAMPERT und VOTH (2009), S. 57].

Die familiäre Pflege spielt bei Migranten eine erhebliche Rolle. Demnach nutzen sie seltener professionelle Leistungen als Pflegebedürftige ohne Migrationshintergrund. So nehmen sie oftmals ausschließlich Pflegegeld in Anspruch und nutzen seltener Sach- oder Kombileistungen [BMG (2011), S. 61f.] Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Pflege mehrheitlich von Familienangehörigen geleistet wird. Untersuchungen weisen darauf hin, dass Pflege, insbesondere bei türkischen und russischsprachigen Migranten, als eine zentrale Aufgabe der Familie angesehen wird. Aufgrund dieses Pflegeverständnisses wird an der innerfamiliären Fürsorge festgehalten und die Inanspruchnahme professioneller Pflege stärker abgelehnt, als dies bei der nicht-migrierten Bevölkerung der Fall ist [ULUSOY und GRÄBEL (2010), S. 332; VOGEL (2011), S. 16f. sowie DELKIC (2014), S. 13]. Diese Fixierung auf die Familie als zentrale Pflegeinstanz lässt sich auf mangelnde oder auch negative Erfahrungen mit staatlichen Altenpflegeeinrichtungen und -angeboten im jeweiligen Herkunftsland zurückführen, weshalb das hiesige Altenbetreuungssystem eine geringe Akzeptanz erfährt [vgl. DELKIC (2014), S. 15]. Weiterhin tragen geringe finanzielle Ressourcen, fehlende Informationen bezüglich der Pflegeversicherung,

kulturelle Vorbehalte sowie soziale und sprachliche Barrieren zu Vorbehalten gegenüber stationären Pflegeeinrichtungen bei [BMG (2011), S. 61f.; ULUSOY und GRÄBEL (2010), S. 333; KOHLS (2012), S. 35f. sowie ANDERSON (2008), S. 85].

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass fundierte quantitative Aussagen zur gegenwärtigen Pflegebedürftigkeit von Migranten wegen fehlender migrationsspezifischer Daten und der räumlichen Begrenzung vorhandener Erhebungen kaum möglich sind. Ein maßgebendes Hindernis bei der Datengenerierung liegt in der extremen Heterogenität dieser Personengruppe. Es gibt nicht „die Migranten“, sondern eine Vielzahl an Menschen mit unterschiedlichen Migrationsbiografien und Lebensumständen, die ihre Individualität und ihr Pflegeverständnis prägen. Infolgedessen müssen für zukünftige Erhebungen messbare und vergleichbare Kriterien definiert werden, um so die fehlenden Datenbestände flächendeckend zu füllen und adäquate Versorgungsstrukturen für zukünftige Bedarfe aufbauen zu können.

Die Anzahl pflegebedürftiger Migranten wird künftig stark ansteigen

Determinanten für die Vorausberechnung der zu erwartenden Anzahl an pflegebedürftigen Migranten sind Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und die alters- und geschlechtsspezifischen Pflegequoten des Jahres 2013 [STATISTISCHES BUNDESAMT (2015), S. 9]. Die Pflegequoten geben den Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung an. Pflegebedürftig sind Personen, welche Leistungen nach SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) erhalten. Da keine validen, migrationsspezifischen Pflegequoten vorliegen, werden für die Personen mit Migrationshintergrund die gleichen Pflegequoten angesetzt, wie sie für die Gesamtbevölkerung vorliegen. Weiterhin werden für den Prognosezeitraum die Pflegequoten des Jahres 2013 konstant gehalten (Status-quo-Prognose) [NOWOSSADECK (2013), S. 1.041f.].

Unterstellt man für Migranten dieselben Pflegequoten wie für die Gesamtbevölkerung, so waren im Jahr 2013 insgesamt 257.600 Migranten pflegebedürftig. Davon waren 65 % (168.400) über 60 Jahre alt. Der Anteil der pflegebedürftigen Migranten an allen Pflegebedürftigen betrug 9,8 %.

Bis zum Jahre 2030 wird die Anzahl pflegebedürftiger Migranten auf 481.500 Personen anwachsen. Davon werden 77 % (370.800) über 60 Jahre alt sein und 58 % der Pflegebedürftigen werden weiblich sein. Die Anzahl der pflegebedürftigen Migranten steigt somit bis zum Jahre 2030 auf 187 % des Ausgangswertes. Diese Steigerung wird größtenteils durch den Anstieg der über 60-jährigen

Migranten verursacht (Anstieg auf 220 %, vgl. Abb. 1). Unterstellt man auch bei der Gesamtbevölkerung konstante Pflegequoten, so werden im Jahre 2030 insgesamt 3,53 Mill. Personen in Deutschland pflegebedürftig sein. Der Anteil der pflegebedürftigen Migranten an allen Pflegebedürftigen wird somit 13,6 % betragen und wäre gegenüber 2013 weiter angestiegen (9,8 %).

Für die Verteilung nach Versorgungsarten liegen ebenfalls keine migrationsspezifischen Daten vor. Aus der Literatur ist bekannt, dass Pflegeleistungen bei Migranten zum größten Teil durch Familienangehörige erbracht werden. Zukünftig ist auch bei Menschen mit Migrationshintergrund mit einer Abnahme des familiären Solidar- und Unterstützungspotenzials zu rechnen [ULUSOY und GRÄBEL (2010), S. 336 sowie KOHLS (2012), S. 33]. Eine sich verkleinernde Familienstruktur, ein sich änderndes Erwerbsverhalten sowie sich wandelnde soziale Normen werden zu einem Rückgang der familiär erbrachten Pflege führen. Im Gegenzug wird der Bedarf an professioneller ambulanter und stationärer Pflege steigen [ULUSOY und GRÄBEL (2010); S. 336 sowie KOHLS (2012), S. 33].

Für die Vorausschätzung nach Pflegearten wird im Folgenden unterstellt, dass sich die Verteilung der Versorgungsarten bei Migranten bis 2030 an die Verteilungen der Versorgungsarten der Gesamtbevölkerung (Bezugsjahr 2013) anpasst. Gemäß diesem Szenario wird für das Jahr 2030 prognostiziert, dass 140.000 Personen mit Migrationshintergrund stationäre Pflege, 113.000 ambulante

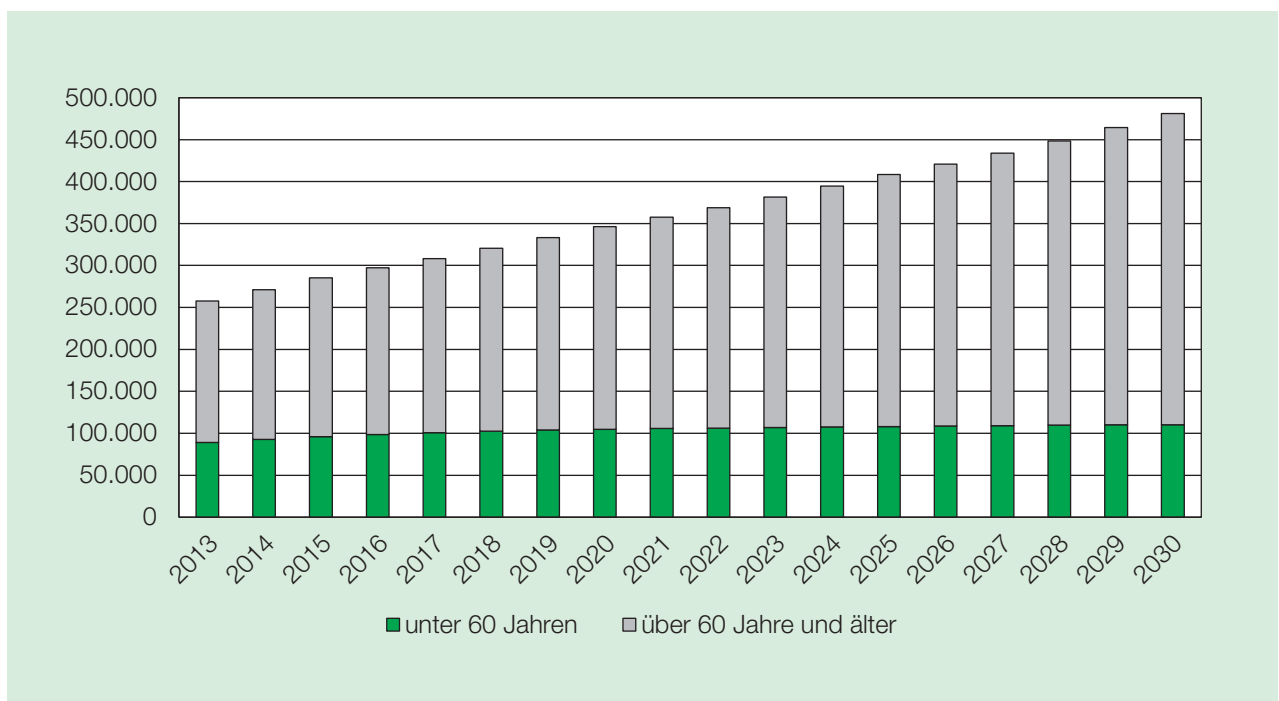
Pflege und 228.000 Personen Angehörigenpflege nachfragen.

Weiterhin ist mit einer wachsenden Anzahl an älteren Migranten eine Zunahme an demenziellen Erkrankungen in dieser Gruppe zu erwarten. Für die Vorausberechnung der Migranten mit Demenz wurden alters- und geschlechtsbezogene Prävalenzraten für die Allgemeinbevölkerung herangezogen [ZIEGLER und DOBLHAMMER (2009), S. 285]. Wie in Abbildung 2 dargestellt, hatten im Jahr 2013 schätzungsweise 92.300 Migranten eine Demenz. Bis zum Jahr 2030 wird sich die Anzahl der Betroffenen mehr als verdoppeln und 203.300 Migranten erreichen.

Pflegeeinrichtungen und -dienste müssen kultursensibel arbeiten

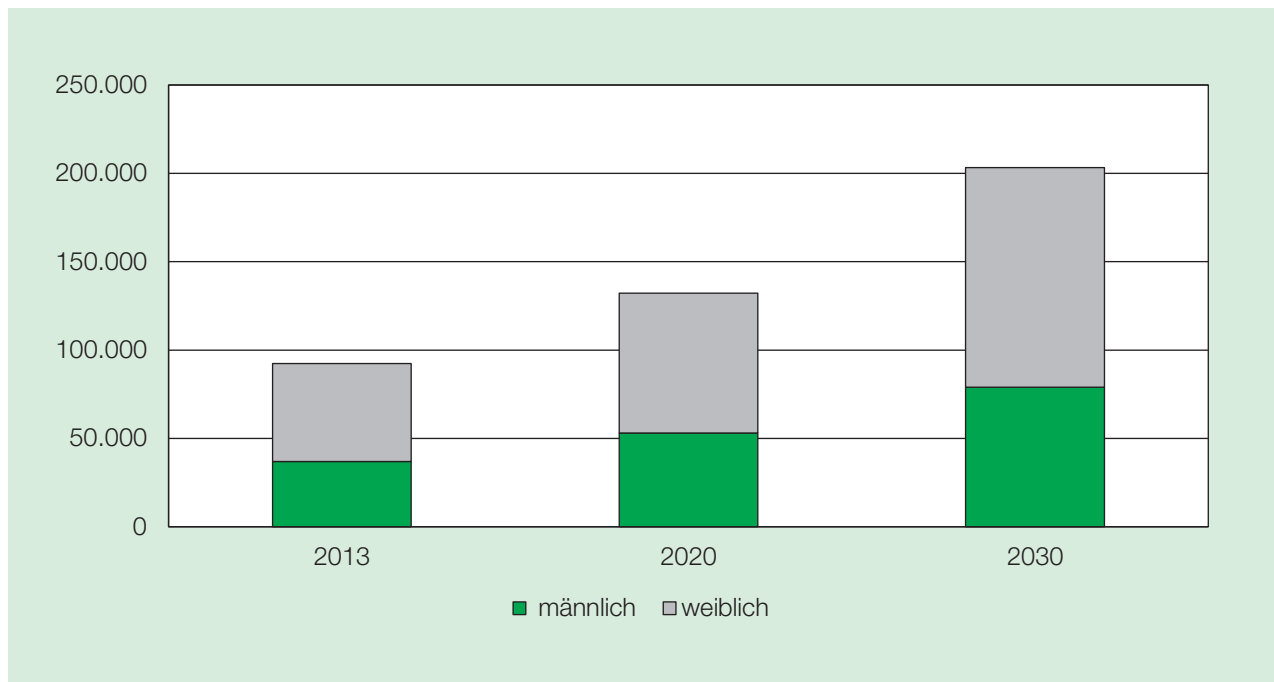
Ein Mangel an kulturspezifischer Pflege, die auf den Erwartungen, Normen und dem Verständnis von Krankheit beruht, wurde schon vor über zwanzig Jahren festgestellt und erschwert noch heute den Pflegealltag [vgl. BRUCHS et al. (1987); COLLATZ (1989) sowie ZEMAN (2005), S. 77, 80]. Die Pflegeeinrichtungen berichten über Probleme bei der Kommunikation, der Organisation, der Versorgung und von Intoleranz vor allem von Seiten der deutschen Heimbewohner gegenüber Migranten, was zur verstärkten Isolation dieser führen kann [vgl. PAULI (2013), S. 26]. Sie betonen aber auch die Entwicklungspotenziale,

Abbildung 1: Anzahl pflegebedürftiger Migranten 2013 bis 2030 bei konstanten Pflegequoten



Quellen: Statistisches Bundesamt 2015, eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Prognostizierte Anzahl von Migranten mit Demenz



Quellen: Ziegler und Doblhammer (2009, S. 285), eigene Berechnungen.

die in der Erschließung von neuen Kundenkreisen liegt [vgl. PAULI (2013), S. 27]. Hierfür sind jedoch transkulturelle Kompetenzen des Pflegepersonals notwendig. Kulturbasiertes Wissen und die dazugehörigen Kompetenzen sind inzwischen zu einem elementaren Lehrinhalt der Altenpflegeausbildung geworden. Dazu hat das BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND im Jahr 2008 das „Handbuch für eine kultursensible Altenpflegeausbildung – Eine Arbeitshilfe für Pflegeschulen und Pflegeeinrichtungen“ als Leitfaden für Lehrkräfte herausgebracht [vgl. BMFSFJ (2008), S. 4]. Allerdings ist der interkulturelle Öffnungsprozess der Pflegeeinrichtungen langwierig und zeitintensiv. Darüber hinaus ist es wesentlich, dass dieser von den beteiligten Akteuren initiiert und akzeptiert wird. Wie die interkulturelle Öffnung gestaltet und organisiert werden kann, geht aus dem Dokument „Für eine Kultursensible Altenpflege – Eine Handreichung“ hervor [ARBEITSKREIS „CHARTA FÜR EINE KULTURSENSIBLE ALTENPFLEGE“ (2002), S. 12].

Neue Wohn-, Pflege- und Versorgungsformen sind notwendig

Die ambulante Pflege gehört zu den überwiegend akzeptierten Pflegeangeboten seitens pflegebedürftiger Migranten, da sie dem Wunsch dieser Personengruppe nach einer familienzentrierten Fürsorge im häuslichen Rahmen entgegenkommt [vgl. DELKIC (2014), S. 42, 47, 53]. An

dieser Stelle kommt der Wohnungswirtschaft eine zentrale Rolle als Anbieter von barrierearmem und preiswertem Wohnraum im Bestand und im Neubau zu. Die Vorteile einer Verzahnung zwischen Pflegewesen und Wohnungswirtschaft wird durch die Studie „Potentialanalyse altersgerechte Wohnungsanpassung“ des BUNDESINSTITUTS FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) modellhaft skizziert. Den Berechnungen zufolge ließe sich die Zahl der stationär versorgten Pflegebedürftigen von 735.000 auf 473.000 Personen (im Jahr 2012) reduzieren, indem ein umfassender Umbau des Wohnraumes zu altersgerechten Wohnungen angestrebt und so die ambulante Versorgung im häuslichen Umfeld ermöglicht wird [vgl. BBSR (2014), S. 9]. Die Optimierung des Wohnraumes verzögert nicht nur den stationären Heimeintritt, sodass hier dem gesetzgebenden Konzept „ambulant vor stationär“ Rechnung getragen wird [vgl. BRYLOK et.al. (2015)], sondern reagiert auch auf das Bedürfnis der Pflegebedürftigen, im vertrauten Umfeld versorgt zu werden.

Darüber hinaus verzeichnen Tagespflegeeinrichtungen eine zunehmende Nachfrage von Menschen mit Migrationshintergrund. Die pflegebedürftigen Personen verbringen dort gemeinsam den Tag und kehren am Nachmittag bzw. Abend in ihre Wohnung zurück. So werden einerseits die Angehörigen entlastet und andererseits wird eine temporäre professionelle Pflege ermöglicht. Folglich sollten die Tagespflegeeinrichtungen möglichst in quartiersbezogene Strukturen integriert sein, um eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Dies umfasst auch kurze

Anfahrtszeiten und die Möglichkeit, auf nachbarschaftliche Netzwerke zurückgreifen zu können [vgl. BEHÖRDE FÜR SOZIALES, FAMILIE, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2010), S. 22]. Die Tagespflegebetreuung stellt somit ein elementares Bindeglied zwischen der häuslichen Pflege und dem stationären Aufenthalt im Pflegeheim dar. Durch die Brückenfunktion als pflegeorientierter sozialer Treffpunkt hilft sie, Ängste gegenüber dem Pflegesystem abzubauen.

Der stationären Pflege stehen Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund oftmals ablehnend gegenüber. Sie befürchten, ihre Selbstbestimmung zu Gunsten eines funktionalen Tagesablaufs aufgeben zu müssen oder sie haben in ihren Herkunftsländern ein sehr negatives Bild entsprechender Einrichtungen erworben. Deshalb wird der stationäre Aufenthalt erst nach Ausschöpfung der ambulanten Pflege und der Tagespflege in Erwägung gezogen [vgl. DELKIC (2014), S. 60]. Allerdings zeigten die im Rahmen dieses Gutachtens durchgeführten Interviews mit 78 älteren Migranten unterschiedlicher Herkunftsländer deutliche Unterschiede hinsichtlich der Präferenz von Pflegeformen. Während russischstämmige Migranten der stationären Pflege sehr ablehnend gegenüber standen, konnten sich nahezu die Hälfte der befragten Migranten aus der Türkei diese durchaus als Form der Pflege im Alter vorstellen. Zur Akzeptanzsteigerung des stationären Pflegeformats hat sich die Etablierung von Wohngemeinschaften in bestehende Pflegeeinrichtungen als erfolgreich erwiesen [vgl. DELKIC (2014), S. 33]. Der Anreiz des Versorgungskonzepts besteht in der Orientierung der Abläufe in den Wohngemeinschaften an der familienzentrierten Pflege, welche nach wie vor die beliebteste Pflegeform unter Migranten ist.

Ein neueres Konzept sind multifunktionale Pflegehäuser, die verschiedene Angebote unter einem Dach vereinen. Diese sind nicht (mehr) als isolierte Fremdkörper im Stadtgefüge zu denken, sondern als integrierte und für alle zugängliche Orte, die das Stadtteilleben durch ihre Angebotsvielfalt bereichern und dabei helfen, Hemmschwellen gegenüber institutionalisierter Pflege abzubauen. Eine wesentliche Anforderung an die künftige Planung von Pflegeimmobilien ist deren Entwicklung zu quartiersbezogenen Pflegezentren.

Neben den professionellen Versorgungsformen spielen niedrigschwellige Modelle eine zentrale Rolle. Basierend auf der Novellierung des Pflege- und Weiterentwicklungsgesetzes (PfWG) am 01. Juli 2008 wurden die gesetzlichen Grundlagen der Pflegeversicherung im SGB XI reformiert. Folglich sollen vor allem häusliche und wohnortnahe Versorgungsstrukturen ausgebaut werden, um den pflegebedürftigen Personen einen langen Verbleib in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Dieser Forderung ist man 2009 nachgekommen, indem bundesweit die Implementierung von Pflegestützpunkten als kos-

tenfreie Beratungs- und Koordinationsstellen veranlasst wurde. Mitarbeiter der Kranken- und Pflegekassen beraten hilfe- und pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen zum Thema Pflege. Das Beratungsangebot umfasst beispielsweise Informationen über Möglichkeiten der Pflege in der Wohnung, Hilfe bei der Suche nach einem Heimplatz oder die Unterstützung bei der Beantragung von Versicherungs- und Sozialleistungen [vgl. DELKIC (2014), S. 18, 39, 51].

Dem Wohnquartier kommt eine wichtige Rolle zu

Für ältere Migranten ist der räumliche und soziale Mittelpunkt ihres Lebens das eigene Wohnquartier. Es ist der Ort, zu dem sie über Jahre hinweg eine emotionale Verbundenheit aufgebaut haben, weil er zu ihrer Heimat geworden ist. Wie stark der gegenseitige Einfluss von Wohnumfeld und häuslicher Situation ist, verdeutlichen die im Rahmen des hier vorliegenden Gutachtens durchgeführten Interviews. Der Blick in ihre häusliche Lebenswelt zeigt, dass baulich bedingte Gegebenheiten oftmals einem barrierefreien Zugang zum Wohnraum im Wege stehen. Dies betrifft nicht nur die eigene Wohnung, sondern auch das Wohnumfeld. Der selbstständigen Mobilität wird seitens der Migranten eine hohe Relevanz zugesprochen, sodass sie als maßgebendes Argument für einen Wohnungswechsel genannt wird. Dies ist bemerkenswert, da die Umzugsbereitschaft mit zunehmendem Alter abnimmt und älter werdende Menschen in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben möchten. Die Gründe für die abnehmende Umzugsbereitschaft liegen in den vorhandenen sozialen Kontakten sowie der Nahversorgungsstruktur im Quartier [vgl. MUNCKE et al. (2002), S. 185; BUSZ (2003), S. 89 sowie KREUZER et al. (2008), S. 63]. Bezüglich letzterem wünschen sich die Interviewten eine Bandbreite an kostengünstigen und niedrigschwelligen Freizeitaktivitäten. Gerade dieses wohnortnahe und fußläufig erreichbare Freizeitangebot zählt zu den zentralen Faktoren, die soziale Teilhabe gewährleisten und sich positiv auf das gesundheitliche Wohl auswirken [vgl. LAMPERT und VOTH (2009), S. 53]. In diesem Kontext ist das Engagement zur Selbstorganisation von älteren Migranten bei der Quartiersentwicklung stärker zu fördern und in den Planungsprozess zu integrieren. Gerade für allein stehende Migranten sind soziale Kontaktmöglichkeiten hochgradig relevant. Denn immer mehr ältere Menschen mit Migrationshintergrund leben heutzutage allein und nicht als integrativer Bestandteil der Großfamilie [vgl. KOHLS (2012), S. 16, 71 sowie BMFSFJ (2005), S. 24]. Somit vollzieht sich in der Gesellschaft eine schrittweise Angleichung der Wohnverhältnisse von Migranten an die der gleichaltrigen Nicht-Migranten [vgl. DELKIC (2014), S. 53]. Die aufgebauten sozialen Netzwerke sind dann

die unterstützende Hand, wenn keine Familienangehörigen helfend zur Seite stehen können. Aus diesem Grund brauchen ältere Migranten Räume, in denen sie sich organisieren und engagieren können. So sind sie in ihrem Umfeld auch für Themen wie Gesundheit und Pflege ansprechbar.

Barrieren im Wohnungsbestand und der prekäre sozioökonomische Status können den körperlichen und seelischen Zustand so weit beeinträchtigen, dass die pflegerische Versorgung als zweitrangig eingestuft wird und ein präventives und zukunftsorientiertes Denken nicht entfaltet wird. Dies zeigte sich deutlich in den durchgeführten Befragungen: Drängende finanzielle Probleme und Alltagsorgen standen bei einer Vielzahl der Migranten im Vordergrund. Überlegungen dazu, wie sie im Alter wohnen und gepflegt werden möchten, fanden somit wenig Raum. Aus diesem Grund sind wohnortgebundene und stabile Versorgungsstrukturen frühzeitig gemeinsam mit den älteren Migranten zu entwickeln, um ihre innerhäuslichen Probleme durch Aktivitäten im Wohnumfeld zumindest eine Zeit lang zu harmonisieren und den Alltag mit positiven Erlebnissen zu füllen. Auf dieser Grundlage können dann die individuelle Zukunft betreffende Herausforderungen thematisiert werden. Um diese Strukturen etablieren zu können, sind Informations-, Kommunikations- und Partizipationswege in Zusammenarbeit mit Migranten, Multiplikatoren aus ethnischen Netzwerken und den ortsansässigen Institutionen zu entwickeln. Diese müssen dann schrittweise vor allem durch die Kommune in die Umsetzung gebracht werden. Als vor Ort agierende Koordinationsinstanz ist die Installation eines gesundheits- und pflegeorientierten Quartiersmanagements anzustreben.

Fazit

Die Ergebnisse zeigen, dass die Zahl der älteren Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigen wird. Diese Personen benötigen im höheren Lebensalter vermehrt eine ihrem kulturellen Hintergrund entsprechende Unterstützung – eine qualitative Dimension, die in der meist quantitativen Diskussion um die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und des Pflegemarktes bislang wenig beachtet wurde. Es besteht ein Entwicklungsbedarf an neuen Wohn-, Pflege- und Versorgungsformen, die möglichst auf der Quartiersebene anzusiedeln sind. Notwendig ist ein Pflege-Mix, der die Anpassung des Wohnungsbestands an zumindest barrierearme Standards, die Konzipierung von teilstationären Modellen sowie multifunktionalen Pflegehäusern und die Einrichtung von Beratungsdiensten, welche die Angebote vor Ort bündeln und an die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen herantragen, umfasst.

Literatur

- ANDERSON, P. (2008): Ein bißchen dort, ein bißchen hier: Konsequenzen der Landeshauptstadt München aus der Untersuchung von Philip Anderson zur Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten in München, Sozialreferat: Stelle für Interkulturelle Zusammenarbeit, München.
- ARBEITSKREIS „CHARTA FÜR EINE KULTURSENSIBLE ALTENPFLEGE“ (Hrsg.) (2002): Für eine Kultursensible Altenpflege – Eine Handreichung, Darmstadt, <http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Themen/Pflege/handreichung.pdf>, abgerufen am 26.03.2015.
- BBSR – BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2014): Potentialanalyse altersgerechte Wohnungsanpassung. Bonn, http://www.bbbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2014/DL_potenzialanalyse_altersgerechte_wohnungsanpassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen am 15.05.2015.
- BEHÖRDE FÜR SOZIALES, FAMILIE, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2010): Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015, Hamburg, <http://www.hamburg.de/contentblob/2174532/data/rahmenplanung-versorgungsstruktur-2015.pdf>, abgerufen am 15.05.2015.
- BMG – BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT (Hrsg.) 2011: Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“, Berlin, https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_zur_Studie_Wirkungen_des_Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes.pdf, abgerufen am 15.05.2015.
- BMFSFJ – BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.) (2008): Handbuch für eine kultursensible Altenpflege. Eine Arbeitshilfe für Pflegeschulen und Pflegeeinrichtungen, Rostock, http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Handbuch-f_C3_BCr-eine-kultursensibleAltenpflegeausbildung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf, abgerufen am 26.03.2015.
- BRUCHS, U.; VON SALISCH, E. und B. WAHL (1987): Soziale Lage und ärztliche Sprechstunde, Hamburg.
- BRYLOK, A.; KARMANN, A.; BECKER, S.; SCHNEIDER, R. und U. ZIMMERMANN (2015): Städtebau der Zukunft. Selbstständiges Wohnen bis ins hohe Alter – eine volkswirtschaftliche Analyse, Dresden. http://tu-dresden.de/forschung/forschungskompetenz/kompetenzzentren/goez/dateien/VSWG_GOEZ_ATB_2015_Staedtebau_de_Zukunft, abgerufen am 11.01.2016.
- BUSZ, P. (2003): Seniorenimmobilien als Investitionsobjekte, Köln.

- COLLATZ, J. (1989): Gesundheit und Alter in der Fremde. Möglichkeiten eines ethnomedizinischen Zentrums zur Krankheitsbewältigung ausländischer Mitbürger in der Bundesrepublik, in: NIEDERSÄCHSISCHES SOZIALMINISTERIUM; AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE (Hrsg.) (1989): *Altwerden in der Fremde*, Hannover, S. 148–200.
- DELKIC, E. (2014): *Transkulturelle Pflege – Exemplarische Untersuchung der Angebotsstruktur für Migranten in Hamburg Billstedt*. Masterarbeit. HafenCity Universität Hamburg, Hamburg.
- DOMENIG, D. (2007): *Transkulturelle Kompetenz. Lehrbuch für Pflege-, Gesundheits- und Sozialberufe*. 2. Auflage, Bern.
- FES – FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.) (2015): *Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- GLADIS, S.; KOWOLL, M. und J. SCHRÖDER (o. J.): *Versorgungssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund in der Pflege (VäMP)*. Eine Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Familien, Frauen und Senioren Baden-Württemberg, mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung. Abschlussbericht, Baden-Württemberg, https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Remote/sm/abschlussbericht_vaemp_kd.pdf, abgerufen am 25.03.2015.
- KIBELE, E.; SCHOLZ, R. und V. M. SHKOLNIKOV (2008): Low Migrant Mortality in Germany for Men Aged 65 and Older: Fact or Artifact?, in: *European Journal of Epidemiology*, 23(6), S. 389–393.
- KOHL, M. (2012): *Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel*, Forschungsbericht 12, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- KREUZER, V.; REICHER, C. und T. SCHOLZ (Hrsg.) (2008): *Zukunft Alter. Stadtplanerische Handlungsansätze zur altersgerechten Quartiersentwicklung*. Institut für Raumplanung, Technische Universität Dortmund (IRPUD), Dortmund.
- LAMPERT, C. und J. VOTH (2009): *Gesundheits(informations)verhalten von älteren Migrantinnen und Migranten*. Eine Expertise im Auftrag der Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, Hamburg, <http://www.hamburg.de/contentblob/2825960/data/gesundheitsverhalten-aelterer-migranten.pdf>, abgerufen am 15.05.2015.
- MUNCKE, G.; DZIOMBA, M. und M. WALTHER (2002): *Standort- und Marktanalyse in der Immobilienwirtschaft – Ziele, Gegenstand, methodische Grundlagen und Informationsbeschaffung*. In: *Handbuch Immobilien- und Projektentwicklung* (2002). 2. Auflage, Köln.
- NAEGELE, G. (2008): *Demografischer Wandel und demographisches Altern in Deutschland: Probleme, Chancen und Perspektiven*. In: Kreuz, V.; Reicher, C. und T. Scholz (Hrsg.): *Zukunft Alter. Stadtplanerische Handlungsansätze zur altersgerechten Quartiersentwicklung*. Institut für Raumplanung, Technische Universität Dortmund (IRPUD), Dortmund, S. 13–26.
- NOWOSSADECK, S. (2013): *Demografischer Wandel, Pflegebedürftige und der künftige Bedarf an Pflegekräften*, in: *Bundesgesundheitsbl.* 56 (8), S. 1.040–1.047.
- PAILLON, M. (2010): *Kultursensible Altenpflege. Ideensammlung mit Fokus Demenz*, München.
- PAULI, J. (2013): *Arbeitsbericht. Alter, Migration und Mehrsprachigkeit: Eine explorative Untersuchung Hamburger Senioreneinrichtungen*. Teilprojekt „Alter, Sprache und Migration“ (inet 2) Februar 2012 – Januar 2013. Universität Hamburg. Institut für Ethnologie, Hamburg, http://www.ethnologie.uni-hamburg.de/de/_pdfs/Julia-Pauli/Bericht-Alter-Migration-und-Mehrsprachigkeit-in-Hamburg.pdf, abgerufen am 15.05.2015.
- RAHMANI-GHASSABEH, M. (2010): *Wohnen im Alter – Kultursensible Pflege muslimischer Migranten in Berlin*. Dissertation, Berlin.
- STANJEK, P.; ZWAR ZENTRALSTELLE NRW (2004): *Ältere Migrantinnen und Migranten in der ZWAR-Arbeit*, Dortmund.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015): *Pflegestatistik 2013: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Deutschlandergebnisse*, Wiesbaden.
- ULUSOY, N. und E. GRÄBEL (2010): *Türkische Migranten in Deutschland*, *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 43(5), S. 330–338.
- VOGEL, C. (2011): *Familiale Generationenbeziehungen russischsprachiger Migranten – Forschungsstand und Forschungsbedarfe*, Zentrum Altern und Gesellschaft, Working Paper Nr. 9., Universität Vechta, Vechta.
- ZEMAN, P. (2005): *Ältere Migranten in Deutschland Befunde zur soziodemographischen, sozioökonomischen und psychosozialen Lage sowie zielgruppenbezogene Fragen der Politik- und Praxisfeldentwicklung* Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration. Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin.
- ZIEGLER, U. und G. DOBLHAMMER (2009): *Prävalenz und Inzidenz von Demenz in Deutschland – Eine Studie auf Basis von Daten der gesetzlichen Krankenversicherungen von 2002*, in: *Das Gesundheitswesen*, 71(05), S. 281–290.

Mehr Kinder in Deutschland: Entwarnung für die Demographie?

Joachim Ragnitz*

Seit einigen Jahren werden in Deutschland wieder mehr Kinder geboren; die Zahl der Lebendgeborenen ist von ihrem Tiefpunkt im Jahr 2011 (662.700 Kinder) um immerhin 52.200 Kinder auf nunmehr 714.900 Neugeborene gestiegen (vgl. Abb. 1). So erfreulich diese Entwicklung für sich genommen auch ist, stellt sich doch die Frage nach den Hintergründen: Handelt es sich wirklich um eine Trendwende in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, sodass mit Blick auf die demographische Entwicklung Entwarnung gegeben werden könnte? Ein Blick auf die Fakten hilft, die Lage zumindest etwas besser einzuschätzen.

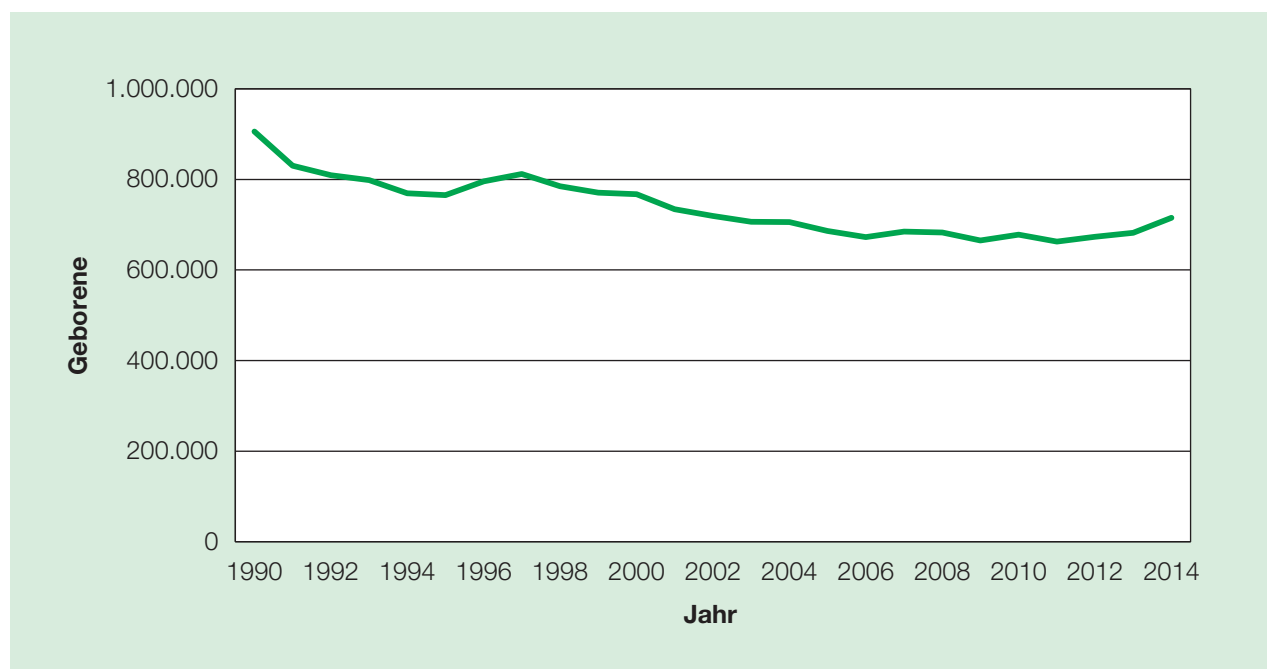
Rein rechnerisch betrachtet sind für die Zahl der Geburten in einem Jahr im Wesentlichen drei Faktoren ausschlaggebend: Die Gesamtzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (typischerweise: 15 bis 45 Jahre)¹, die altersmäßige Zusammensetzung der gebärfähigen Frauenkohorte und die Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern. Solange die Geburtenzahl nur deswegen steigt, weil die Zahl der potenziellen Mütter (und hier insbesondere die Zahl der Frauen in den „geburtenstarken“ Altersjahrgängen zwischen 25 und 37 Jahren) zunimmt, handelt es

sich lediglich um einen Reflex der Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit, also um ein „demographisches Echo“. Nur wenn auch die (altersspezifischen) Geburtenraten ansteigen, kann auch von einer Trendwende in der demographischen Entwicklung gesprochen werden, sofern man von zuwanderungsbedingten Effekten einmal absieht.

In Abbildung 2 ist die Altersverteilung der Frauen im gebärfähigen Alter in Deutschland in den Jahren 2011 und 2014 dargestellt. Ersichtlich ist, dass die Zahl der Frauen insbesondere in den Altersjahrgängen 39 bis 45 Jahre gegenüber dem Basisjahr stark zurückgegangen ist – allerdings handelt es sich hierbei um Altersklassen, in denen ohnehin nur noch wenige Frauen ein Kind zur Welt bringen. In den „geburtenfreudigeren“ Altersklassen (25 bis 37 Jahre) hingegen ist die Zahl der Frauen zwischen 2011 und 2014 demgegenüber deutlich angestie-

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Zahl der Lebendgeborenen 1990 bis 2014



Quellen: Datenbank Genesis Online des Statistischen Bundesamtes, Darstellung des ifo Instituts.

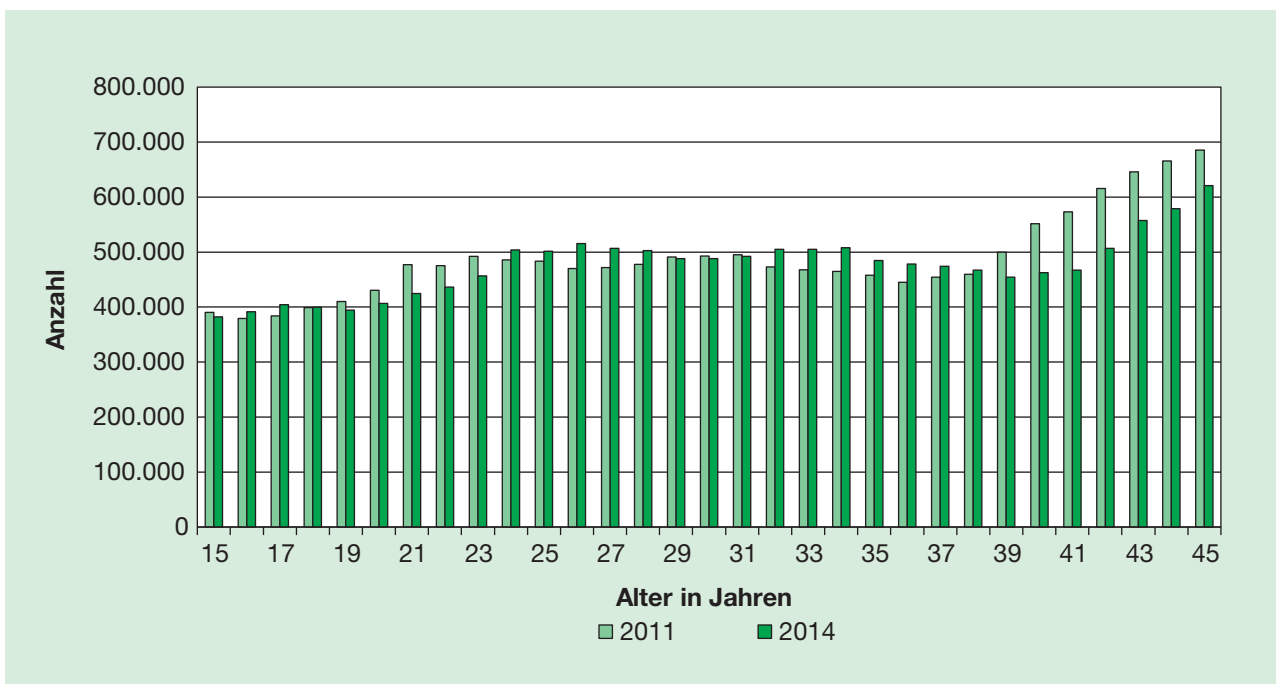
gen. Das aber bedeutet, dass der Anstieg der Geburtenzahlen in den Jahren 2011 bis 2014 zu einem nicht unerheblichen Teil tatsächlich lediglich einen „Basiseffekt“ widerspiegelt, also das demographische Echo des (leichten) Geburtenanstiegs in den 1980er Jahren (der wiederum die hohen Besatzziffern der Geburtenjahrgänge der Jahre 1955 bis 1965 reflektiert). Eine Trendwende in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung lässt sich hieraus nicht ableiten.

Aber auch die (altersspezifischen) Geburtenraten sind in den vergangenen Jahren angestiegen (vgl. Abb. 3), und das vor allem in den Altersgruppen, die sich durch besonders hohe Geburtenziffern auszeichnen. In der Spitze (33-jährige Frauen) beträgt die Zunahme der altersspezifischen Geburtenziffer (Neugeborene bezogen auf 1.000 Frauen dieser Altersgruppe) beinahe 10 Punkte; lediglich bei den 16- bis 26-jährigen Frauen sind die Geburtenraten leicht zurückgegangen.² Dieser Effekt ist insoweit hervorzuheben, als damit tatsächlich die natürliche Bevölkerungsentwicklung auch dauerhaft begünstigt werden kann. Letzten Endes kommt es aber natürlich darauf an, wie viele Kinder eine Frau bis zum Ende der reproduktiven Periode tatsächlich zur Welt bringt; diese „kohortenspezifische Geburtenziffer“ kann allerdings exakt erst nach Erreichen des 45. Lebensjahres ermittelt werden (aktuell also für den Geburtenjahrgang 1970) und wird durch die „zusammengefasste Geburtenziffer“ lediglich angenähert.

Die beschriebenen Entwicklungen lassen sich jetzt auch zahlenmäßig darstellen: Für sich genommen hätte die Veränderung der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter die Zahl der Geburten zwischen 2011 und 2014 um 17.400 verringert. Der Altersstruktureffekt hingegen führte rechnerisch zu einem Anstieg der Geburtenzahl um 31.100. Der Effekt gestiegener Geburtenraten wiederum lässt sich auf 38.400 beziffern. Dies zeigt, dass der Verhaltenseffekt (Anstieg der Geburtenraten) tatsächlich die bedeutsamste Quelle des Anstiegs der Geburtenzahlen darstellt.

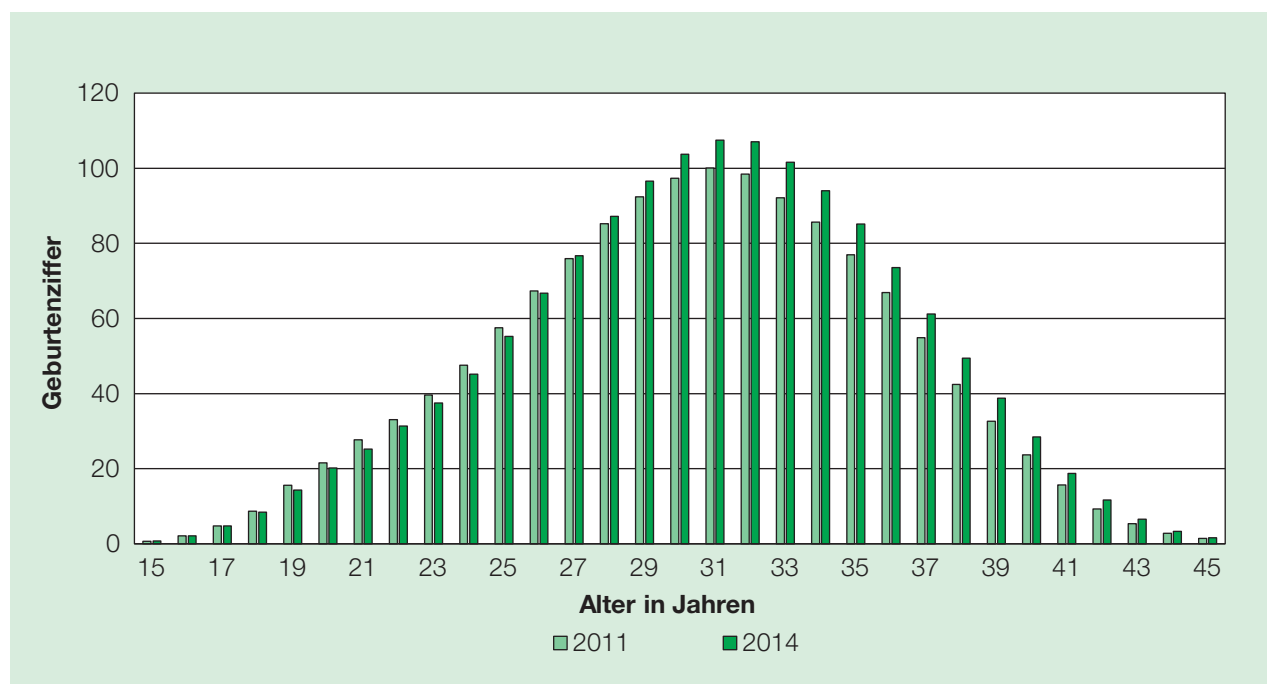
Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde der Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer in der Öffentlichkeit auch positiv kommentiert.³ Besonders hervorgehoben wurde dabei, dass im Jahr 2014 mit einer aggregierten Geburtenrate von 1,47 Kindern je Frau der höchste Wert seit der deutschen Vereinigung erzielt wurde. Allerdings: Ein solcher längerfristiger Vergleich ist schon deswegen nicht zulässig, weil wegen der zensusbedingten Korrektur der Bevölkerungszahlen im Jahr 2011 frühere Angaben mit den aktuellen Messwerten nicht vergleichbar sind: Während die Erfassung der Geburtenzahlen wohl korrekt erfolgt, musste die Zahl der in Deutschland lebenden Frauen (und damit der potenziellen Mütter) durch die Zensuserhebung deutlich nach unten korrigiert werden; die statistisch ausgewiesene Kinderzahl je Frau wurde durch diesen Effekt um ungefähr 0,025 Punkte erhöht. Aber auch wenn man aus diesem Grund lediglich

Abbildung 2: Altersstruktur der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 45 Jahre)



Quellen: Datenbank Genesis Online des Statistischen Bundesamtes, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Altersspezifische Geburtenziffern (Kinder je 1.000 Frauen)



Quellen: Datenbank Genesis Online des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

die Werte von 2011 und 2014 miteinander vergleicht, so verbleibt ein Anstieg um immerhin 0,08 Punkte.

Aber berücksichtigen muss man auch, dass in den betrachteten Jahren 2011 bis 2014 viele Personen nach Deutschland zugewandert sind, darunter auch viele Frauen in gerade jenem Alter, in dem sie vor der Entscheidung für eine Familiengründung stehen. Tatsächlich hat die Zahl der ausländischen Frauen im gebärfähigen Alter in den betrachteten Jahren um rund 280.000 zugenommen, während die Zahl der deutschen Frauen zwischen 15 und 45 Jahren um rund 680.000 zurückgegangen ist; der Anteil ausländischer Frauen in den betrachteten Alterskohorten ist damit von 12,1 % auf 14,3 % gestiegen. Da ausländische Frauen in Deutschland eine überdurchschnittlich hohe Geburtenrate von 1,86 Kindern je Frau aufweisen – weil sie zumindest in der ersten Generation oft noch die Familiengründungstraditionen ihrer Heimatländer aufrechterhalten – führt allein dies schon zu einer Steigerung der gemessenen Geburtenrate. Tatsächlich ist mehr als ein Zehntel des Anstiegs der Geburtenrate allein hierauf zurückzuführen. Die Geburtenrate bei den deutschen Frauen ist zwar auch ansteigend, lag aber auch 2014 nur bei 1,42 Kindern je Frau.

Der um diesen statistischen Effekt bereinigte Anstieg der Geburtenrate zwischen 2011 und 2014 liegt zwar immer noch bei rund 0,07 Punkten – aber Veränderungen in dieser Größenordnung waren auch in der Vergan-

genheit schon häufiger zu beobachten, selbst in viel kürzeren Zeiträumen, ohne dass sich am Befund einer langfristig eher stabil niedrigen Geburtenziffer viel geändert hätte. Dies spricht dafür, zunächst einmal abzuwarten, ob der jüngste Anstieg der Geburtenraten tatsächlich bereits eine Trendwende hin zum Besseren darstellt.

Ohnehin: Selbst mit einer Geburtenrate von 1,47 Kindern je Frau ist ein Bestandserhalt der Bevölkerung keinesfalls gewährleistet, denn hierfür wäre dauerhaft ein Niveau von etwas mehr als 2 Kindern je Frau erforderlich. Insoweit ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung auch weiterhin auf Schrumpfung angelegt. Dies wird sich auch in naher Zukunft nicht grundlegend ändern, denn die Zahl der Sterbefälle wird in den kommenden Jahren schon allein deswegen weiter steigen, weil nunmehr die geburtenstarken Jahrgänge der Jahre 1955 bis 1965 allmählich in ein höheres Lebensalter vorrücken. Und da die Zahl der potenziellen Mütter zukünftig allein schon aufgrund des demographischen Echos des Geburtenrückgangs ab 1990 wieder zurückgehen dürfte, wird selbst in den optimistischeren Bevölkerungsvorausberechnungen ab etwa 2020 wieder ein Rückgang der Geburtenzahlen prognostiziert – unabhängig davon, wie sich die Geburtenrate weiter entwickelt. Die Bevölkerung wird daher mittel- bis langfristig weiter schrumpfen, solange es nicht gelingt, durch Zuwanderung eine Stabilisierung zu erreichen.

Will man hingegen erreichen, dass auch künftig mehr Kinder geboren werden, der absehbare Rückgang der Geburtenzahlen also durch eine weitere Erhöhung der Geburtenrate ausgeglichen wird, so wird es insbesondere erforderlich sein, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu verbessern und damit die Bereitschaft potenzieller Eltern zu erhöhen, ihre Kinderwünsche auch tatsächlich umzusetzen. Hierbei ist jedoch nicht primär die Politik gefordert, die diesbezüglich schon viel getan hat. Vielmehr scheint hier ein Umdenken auf allen gesellschaftlichen Ebenen erforderlich, insbesondere auch in den Unternehmen, die beispielsweise mit fle-

xibleren Arbeitszeitmodellen oder dem Angebot von Kinderbetreuungsmöglichkeiten einen entsprechenden Beitrag leisten könnten.

¹ Das STATISTISCHE BUNDESAMT setzt für das gebärfähige Alter inzwischen die Altersspanne zwischen 15 und 50 Jahren an; dieser Vorgehensweise wird hier nicht gefolgt, weil Frauen zwischen 45 und 50 Jahren nur noch sehr wenige Kinder zur Welt bringen.

² Dies muss nicht unbedingt ein verändertes Gebärverhalten widerspiegeln, sondern kann auch Folge einer Verschiebung von Geburten in ein höheres Lebensalter sein.

³ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.), Pressemitteilung Nr. 468 vom 16. 12. 2015: Anstieg der Geburtenziffer 2014 auf 1,47 Kinder je Frau, Wiesbaden.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2015¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Vierteljahr 2015 um 1,5 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gestiegen, nach 1,7 % im Durchschnitt des ersten Halbjahrs (vgl. Tab. 1). Zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion haben alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit beigetragen. Die Trend-Konjunktur-Komponenten des preisbereinigten BIP und der sektoralen preisbereinigten Bruttowertschöpfung sind aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 1).

¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das dritte Vierteljahr 2015 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 29. April 2015 veröffentlichten Ergebnisse der VGR-Generalrevision 2014 (Übergang vom ESVG 1995 auf das ESVG 2010) sowie auf die am 24. September 2015 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/2001 bis Q3/2015 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. NIERHAUS, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

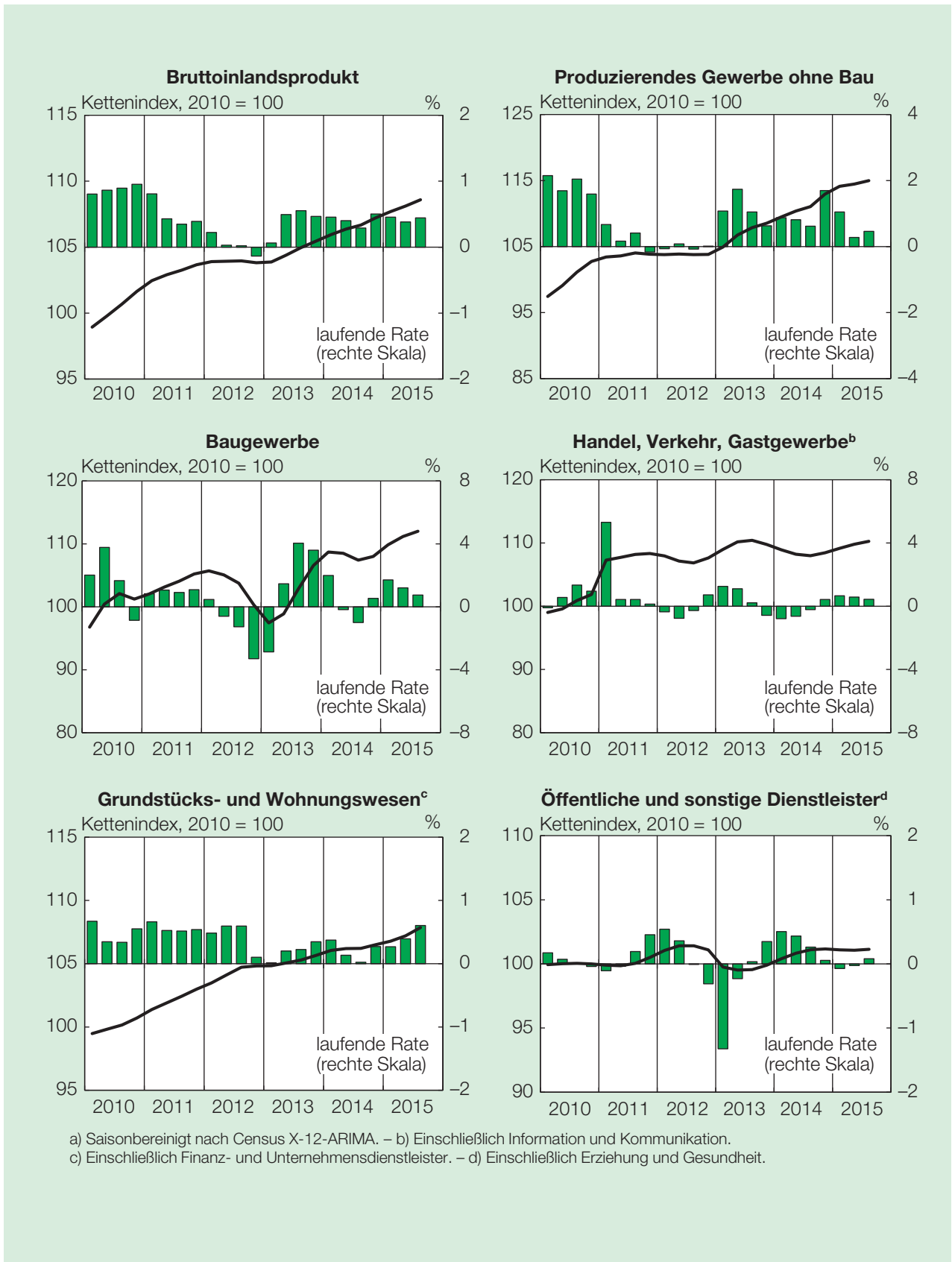
* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Vierteljahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation	Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal in %									
1 2013	-0,4	-1,1	-0,4	-12,2	1,1	-10,2	0,6	1,5	-1,4
2 2013	0,4	1,8	0,3	-12,9	2,3	-6,0	3,2	0,8	-1,9
3 2013	1,2	1,7	1,2	-11,8	5,0	-1,7	3,4	0,5	-1,9
4 2013	1,1	0,2	1,2	-6,5	2,8	5,3	1,6	0,5	-1,2
1 2014	3,1	3,3	3,1	10,0	6,4	15,9	0,3	1,6	0,7
2 2014	1,5	3,0	1,3	14,7	1,3	10,8	-2,0	0,7	1,3
3 2014	1,8	1,8	1,8	16,8	5,0	2,6	-2,1	1,0	1,6
4 2014	1,5	3,8	1,2	12,7	3,0	1,7	-1,9	0,8	1,4
1 2015	1,6	2,7	1,5	-0,3	4,2	1,1	0,3	0,8	0,6
2 2015	1,8	1,7	1,8	-4,0	4,8	2,0	1,6	0,8	0,2
3 2015	1,5	3,0	1,3	-5,8	1,1	4,9	2,0	1,6	0,0

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

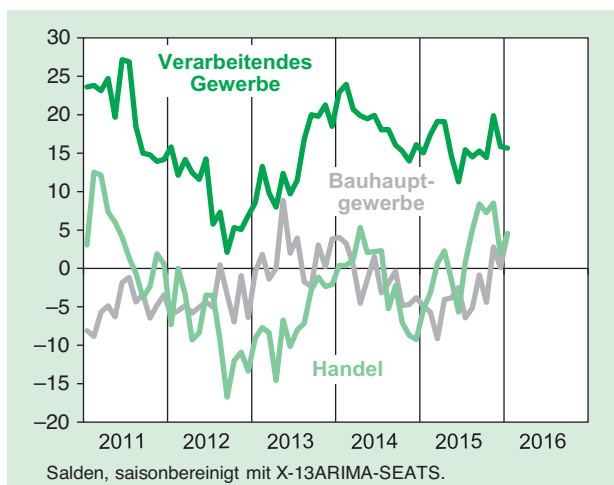
Ostdeutsche und sächsische Wirtschaft starten gut ins neue Jahr

Michael Weber*

ifo Konjunkturtest in Ostdeutschland

Das ifo Geschäftsklima für die Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands hat sich zu Jahresbeginn aufgehellt (vgl. Abb. 1). Die bereits sehr gute Geschäftslage hat sich entgegen der bundesweiten Entwicklung nochmals deutlich verbessert. Dagegen trübten sich die Geschäftserwartungen merklich ein. Der Ausblick der ostdeutschen Wirtschaft für das erste Halbjahr 2016 hat sich spürbar verschlechtert.

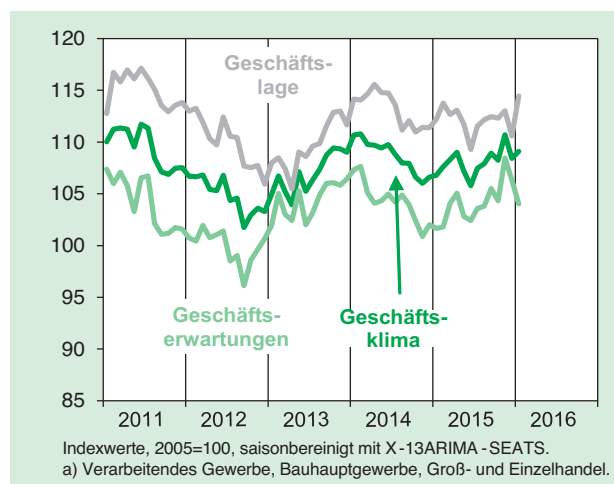
Abbildung 2: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschland bewegte sich im Januar geringfügig nach rechts unten. Sie verharrte trotz der spürbar gesunkenen Geschäftserwartungen im Quadranten „Boom“ (vgl. Abb. 3).

Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft^a Ostdeutschlands

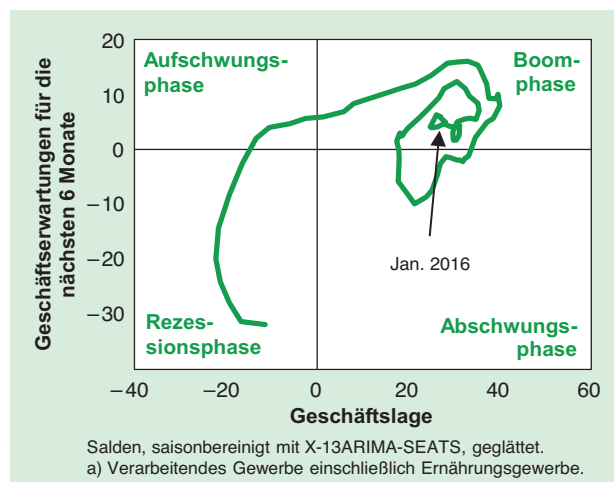


Indexwerte, 2005=100, saisonbereinigt mit X-13ARIMA-SEATS.
a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Besonders kräftig stieg der ifo Geschäftsklimaindex im ostdeutschen Bauhauptgewerbe (vgl. Abb. 2), wo sich die ostdeutschen Baufirmen mit ihrer momentanen Geschäftssituation so zufrieden zeigten wie noch nie. Auch im Handel stieg der Klimaindikator merklich. Im Verarbeitenden Gewerbe verharrte er dagegen in etwa auf dem Dezember-Niveau.

Abbildung 3: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Ostdeutschlands



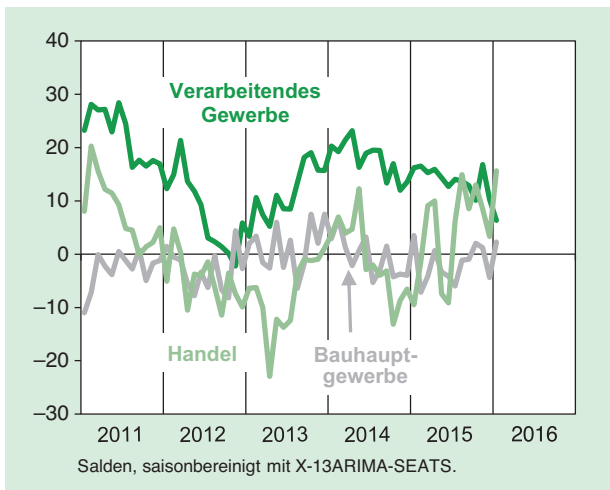
Salden, saisonbereinigt mit X-13ARIMA-SEATS, geglättet.
a) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe.

* Michael Weber ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

ifo Konjunkturtest in Sachsen

Im Freistaat Sachsen ist der ifo Geschäftsklimaindex für die Gewerbliche Wirtschaft zu Jahresbeginn ebenfalls leicht gestiegen. Die Befragungsteilnehmer waren gegenüber Dezember deutlich zufriedener mit ihrer momentanen Geschäftssituation. Allerdings nahmen sie ihre Geschäftserwartungen erneut zurück. Es mehren sich die Zeichen, dass die wirtschaftliche Dynamik auf ihrem derzeit hohen Niveau im ersten Halbjahr 2016 etwas nachlassen könnte.

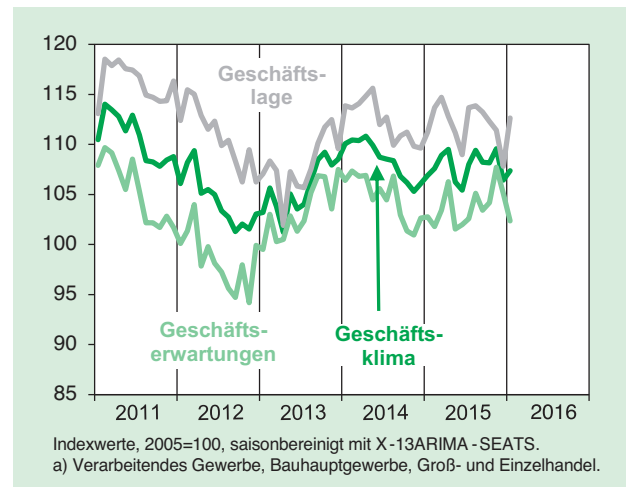
Abbildung 5: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens bewegte sich im Quadranten „Boom“ im Januar geringfügig nach rechts unten (vgl. Abb. 6). Zwar stuften die Befragungsteilnehmer ihre momentane Geschäftssituation besser ein als im Dezember, jedoch korrigierten sie ihre Geschäftserwartungen abermals nach unten.

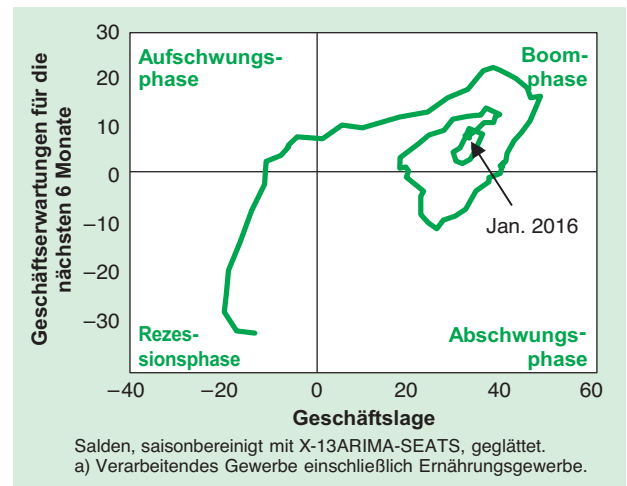
Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

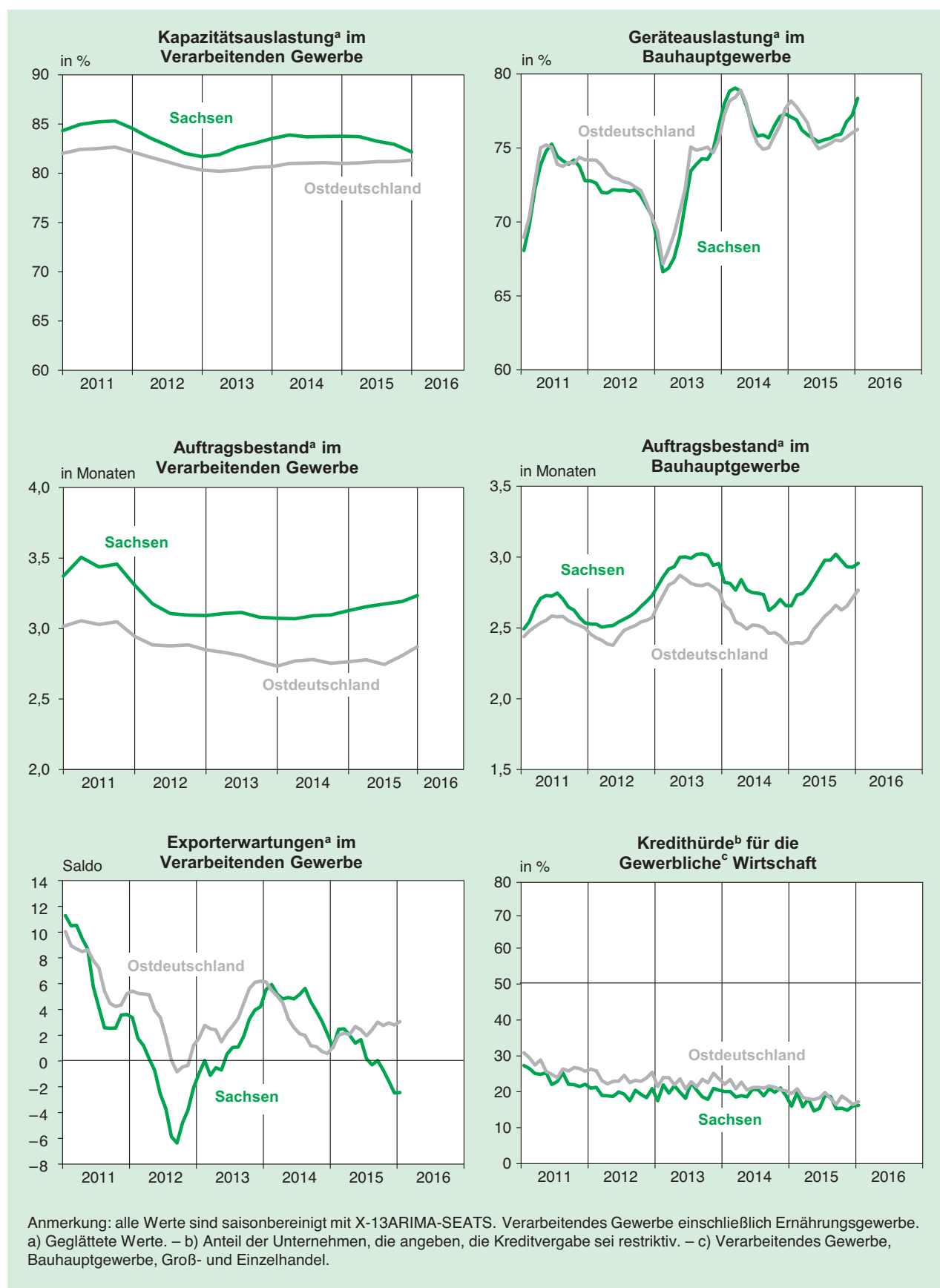
Im sächsischen Handel hellte sich das Geschäftsklima, maßgeblich getrieben durch die deutlich besseren Lageeinschätzungen im Großhandel, im Januar spürbar auf (vgl. Abb. 5). Auch im sächsischen Bauhauptgewerbe war eine Verbesserung zu verzeichnen. Dagegen trübte sich das Geschäftsklima im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe merklich ein.

Abbildung 6: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsens



Salden, saisonbereinigt mit X-13ARIMA-SEATS, geglättet.
a) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe.

Abbildung 7: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Ostdeutscher und sächsischer Arbeitsmarkt starten sehr dynamisch ins Jahr 2016

Michael Weber*

Der ostdeutsche und der sächsische Arbeitsmarkt haben im Januar ihre hohe Dynamik vom Ende des letzten Jahres halten können. Der positive Beschäftigungstrend setzte sich ebenso fort wie der zuletzt wieder beschleunigte Abbau der Arbeitslosigkeit. In den kommenden Monaten dürfte sich die Dynamik ausgehend von ihrem derzeit hohen Niveau jedoch eher etwas abschwächen. Darauf deuten Frühindikatoren wie der Zugang an freien Stellen und das ifo Beschäftigungsbarometer hin.

Kurz vor Jahresende beschleunigte sich die Zunahme der **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** sowohl in Ostdeutschland (mit Berlin) als auch im Freistaat Sachsen. Saisonbereinigt waren im November 2015 nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT in Ostdeutschland (mit Berlin) 5,805 Mill. Personen und im Freistaat Sachsen 1,541 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies sind 0,3 % bzw. 0,2 % mehr als im Vormonat. Nicht saisonbereinigt stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gegenüber November 2014 um 2,1 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 1,8 % in Sachsen. Dabei konnten die meisten Wirtschaftsbereiche ihre positiven Beschäftigungstrends der vergangenen Monate fortsetzen. Zusätzlich kommen in einzelnen Bereichen, z. B. dem Gastgewerbe, im Vorjahresvergleich Einmaleffekte durch die mindestlohnbedingte Umwandlung ehemals geringfügiger in nun sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zum Tragen. Insgesamt sank die geringfügige Beschäftigung in Ostdeutschland (mit Berlin) im November gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,8 % auf etwa 859.000 Personen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ging um 6,4 % auf 622.000 Personen zurück.

Die hohe Arbeitsmarktdynamik hielt auch über den Jahreswechsel unverändert an. Im Januar schrumpfte die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 1,5 % auf 738.000 in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 1,3 % auf 164.000 im Freistaat Sachsen. Die saisonbereinigte **Arbeitslosenquote** sank auf 8,8 % bzw. 7,7 %. Dabei fiel in Ostdeutschland (mit Berlin) die Dynamik im Rechtskreis SGB II (in etwa: Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II) mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um 1,6 % deutlich stärker aus als im Rechtskreis SGB III (in etwa: Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I), wo die Arbeitslosenzahl um 1,2 % abnahm. Im Freistaat Sachsen sank die Arbeitslosenzahl in beiden Rechtskreisen dagegen in gleichem Maße um je 1,3 %.

Zusammen mit der Zahl der Arbeitslosen verringerte sich auch die Zahl der **erwerbsfähigen Leistungsberechtigten**, allerdings weniger stark. Dies deutet daraufhin, dass ein Teil des Rückgangs der Arbeitslosigkeit auf Zugänge in eine nicht-bedarfsdeckende Beschäftigung zurückzuführen ist. Insgesamt waren im Januar in Ostdeutschland (mit Berlin) saisonbereinigt 1,271 Mill. Personen (-0,3 %) oder 12,2 % der ostdeutschen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Im Freistaat Sachsen sank die saisonbereinigte Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um 0,6 % gegenüber dem Vormonat auf 261.000 Personen. Die saisonbereinigte Hilfequote belief sich hier auf 10,8 %.

Hinter den Nettoveränderungen in den Beständen stehen noch umfangreichere **Übergänge** zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Januar generell die Zahl der Zugänge in die Arbeitslosigkeit kurzzeitig nach oben schnellte, da überdurchschnittlich viele Arbeitsverträge zum Jahresende enden. Insgesamt gingen im Januar nicht saisonbereinigt in Ostdeutschland (mit Berlin) 210.000 Personen und in Sachsen 45.400 Personen in die Arbeitslosigkeit zu. Dies sind deutlich weniger (-7,2 % bzw. -8,3 %) als im Vorjahresmonat, aber weiterhin deutlich mehr als im Jahresdurchschnitt. Dabei erhöhte sich der Anteil von Zugängen aus Erwerbstätigkeit saisonüblich auf über 50 %. Gleichzeitig konnten im Januar nicht saisonbereinigt in Ostdeutschland (mit Berlin) 140.000 Personen (+0,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat) und in Sachsen 29.100 Personen (-2,4 %) die Arbeitslosigkeit verlassen. Etwa ein Drittel von ihnen wechselte direkt in die Erwerbstätigkeit. Rechnet man das typische Saisonmuster heraus, überwogen die direkten Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit die gegenläufigen Zugänge aus Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit.

Infolge der hohen Arbeitsmarktdynamik nahm die **Arbeitsmarktanspannung** (vgl. Infobox 1) weiter zu. Die saisonbereinigte Zahl der bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldeten freien Stellen stieg im Januar um 2,1 % auf 124.000 Stellen in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 0,5 % auf 31.000 Stellen im Freistaat Sachsen. Entspre-

* Michael Weber ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

chend erhöhte sich die saisonbereinigte Vakanzquote auf 1,47 % bzw. 1,46 %. Etwa 85 % der gemeldeten Stellen waren sofort zu besetzen. Von 91 % derjenigen freien Stellen, die im Januar bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet wurden, war zum Zeitpunkt der Abmeldung der frühestmögliche Besetzungstermin bereits überschritten. Die durchschnittliche abgeschlossene Vakanzzeit (vgl. Infobox 2) erhöhte sich im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat in Ostdeutschland (mit Berlin) um 7 auf 91 Tage und im Freistaat Sachsen um 10 auf 89 Tage.

Infobox 1: Arbeitsmarktanspannung

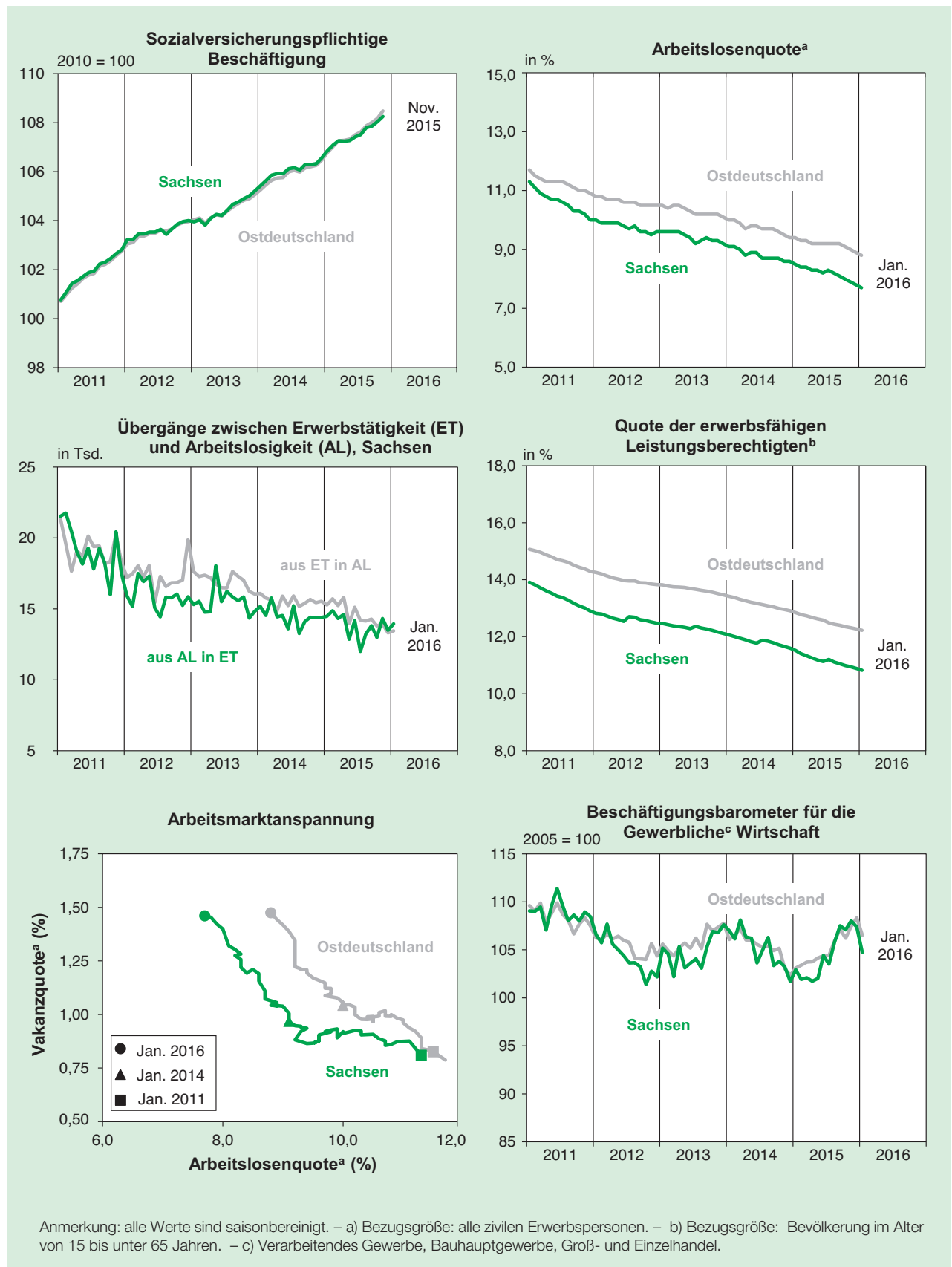
Die Arbeitsmarktanspannung erfasst die konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, indem sie sowohl die Angebotsseite (Arbeitslosenquote) als auch die Nachfrageseite (Vakanzquote) abbildet. Die Vakanzquote setzt den Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen ins Verhältnis zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen. Steigt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote fällt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Aufschwung und die Anspannung am Arbeitsmarkt nimmt zu. Dies entspricht in der Abbildung einer Bewegung nach links oben. Sinkt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote steigt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Abschwung. Dies entspricht einer Bewegung nach rechts unten. Steigen sowohl die Vakanz- als auch die Arbeitslosenquote über einen längeren Zeitraum hinweg – dies entspricht einer Bewegung nach rechts oben –, kann dies auf ein Qualifikationsproblem hindeuten: Die Qualifikationen der Arbeitslosen genügen dann nicht mehr den Anforderungen der gemeldeten Stellen. Bei der Interpretation der Vakanzquote ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitgeber nicht alle freien Stellen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT melden. Der Einschaltungsgrad steigt gerade in Zeiten des Aufschwungs. Im ersten Quartal 2015 wurden nach Berechnungen des INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) auf Basis der IAB-Stellenerhebung 59 % aller freien Stellen am ersten Arbeitsmarkt der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldet.

Infobox 2: Vakanzzeiten

Die Vakanzzeit misst die Dauer zwischen dem ursprünglich geplanten Besetzungstermin einer Stelle und der Abmeldung der Stelle aus dem Stellenangebot der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Eine Zunahme der Vakanzzeit kann sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen haben: Je besser die Konjunktur, desto mehr freie Stellen werden gemeldet und desto länger dauert es für jede einzelne freie Stelle, bis sie besetzt wird. Bleiben jedoch in bestimmten Bereichen die Vakanzzeiten über den gesamten Wirtschaftszyklus hinweg hoch, deutet dies auf Schwierigkeiten hin, geeignete Bewerber für eine Stelle zu finden. Definitionsgemäß endet die Vakanzzeit, wenn die Stelle bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet wird. Hinter einer solchen Abmeldung steht in der Regel die Besetzung der Stelle; es ist aber ebenso möglich, dass der Besetzungsprozess erfolglos abgebrochen wurde.

In den kommenden Monaten dürfte sich die derzeit hohe Arbeitsmarktdynamik etwas abschwächen. Zwar stieg die saisonbereinigte Zahl der neu gemeldeten freien Stellen in Ostdeutschland (mit Berlin) im Januar nochmals um 3,2 % gegenüber Dezember auf insgesamt 38.200 Stellen; in Sachsen war dieser Indikator jedoch bereits rückläufig (-0,8 %). Auch das ifo **Beschäftigungsbarometer** für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands und Sachsens trübte sich im Januar spürbar ein. Im Bauhauptgewerbe sind die Beschäftigtenerwartungen regelrecht eingebrochen und drehten ins Negative. Auch die Industrie formulierte abermals pessimistischere Personalpläne. Dagegen hellten sich die Beschäftigungsaussichten im Einzelhandel und insbesondere im sächsischen Großhandel auf.

Abbildung 1: Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, ifo Konjunkturtest, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

ifo Veranstaltungen

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **22. Februar 2016** Prof. Peter Hampe, ehemaliger Dozent und Bereichsleiter Wirtschafts- und Sozialpolitik der AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING zum Thema „Ist der deutsche Sozialstaat solidarisch?“. Die Stabilität von Gesellschaften hängt nicht zuletzt von solidarischen Regelungen ab, die Existenzrisiken mindern und für soziale Gerechtigkeit sorgen. Erfüllt der deutsche Sozialstaat, der seit Bismarck erheblich ausgebaut und vielfach umstrukturiert worden ist, diese Aufgabe, ist er hinreichend solidarisch?

Was heißt überhaupt Solidarität in diesem Kontext? Schließlich ist Solidarität ein politisch überstrapazierter Begriff, der selten genauer präzisiert wird. Es lohnt also genauer zu schauen, wie die einzelnen Elemente des deutschen Sozialstaats strukturiert sind und inwiefern bzw. für wen sie solidarisch wirken. Ob der deutsche Sozialstaat insgesamt ausreichend solidarisch ist, lässt sich zusätzlich und besser auf der Makroebene an Hand der gesamten Einkommensumverteilung diskutieren. Dazu ist auch der internationale Vergleich hilfreich.

Peter Hampe war nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts als wissenschaftlicher Assistent am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN tätig und promovierte in dieser Zeit. 1980 erhielt Peter Hampe einen Ruf an die

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING und leitete dort als Dozent den Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nebenberuflich lehrte er an der HOCHSCHULE FÜR POLITIK MÜNCHEN und an der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN, die ihn zum Honorarprofessor ernannte. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Sozialstaat, Soziale Marktwirtschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Globalisierung und Europäische Währungsunion.

Der Vortrag ist öffentlich und findet im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist um **18:30 Uhr**.

Am **10. und 11. März 2016** findet der **6. Workshop „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“** statt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch mit empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Für die Leitung des Workshops konnte wiederum Prof. Dr. Alexander Kemnitz von der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN gewonnen werden.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Lehmann, Robert und Klaus Wohlrabe (2015): Looking into the Black Box of Boosting: The Case of Germany. CESifo Working Paper Nr. 5686.

Lehmann, Robert und Klaus Wohlrabe (2015): The Role of Component-wise Boosting Fore Regional Economic Forecasting. MPRA Paper Nr. 68186.

Weber, Michael (2016): The Short-run and Long-run Effects of Decentralizing Public Employment Services. Ifo Working Paper Nr. 209.

ifo Vorträge

Kluge, Jan, „Die Effekte von Zuwanderung auf die zukünftige Zusammensetzung der Bevölkerung“, Vortrag bei der Dezembertagung der DGD-Arbeitskreise „Städte und Regionen“ und „Migration-Integration-Minderheiten“, veranstaltet von der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR DEMOGRAPHIE (DGD) in Kooperation mit dem BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR), **03./04.12.2015**, Berlin.

Ragnitz, Joachim, „Regionalwirtschaftliche Auswirkungen von Fachkräftemangel“, Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich des Workshops „Nach dem Fachkräfteparadies“ an der FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA, **21.01.2016**, Jena.

Rösel, Felix, „Between Hitler and Haider – Long-lasting Effects of Migrating Extremists“, Kolloquium der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN, **26.01.2016**, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Entwicklungsperspektive der ostdeutschen Kommunen und Länder sowie die Implikationen für die Förderpolitik“, Vortrag im Volkswirtschaftlichen Forum der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU, **18.02.2016**, Frankfurt/Main.

ifo Dresden Studie 76

Analyse der finanzkraftbestimmenden Rahmenbedingungen und strukturellen Spezifika ostdeutscher Flächenländer

*Alexander Eck, Carolin Fritzsche,
Jan Kluge, Joachim Ragnitz
und Felix Rösel*

ISBN 978-3-95942-003-7
190 Seiten, München/Dresden 2015
15,-€, zzgl. Versandkosten.

Die vorliegende Studie basiert auf einem Gutachten im Auftrag der Finanzministerien der Länder Sachsen und Thüringen. Darin wurden die Ursachen der unverändert unterproportionalen Wirtschafts- und Steuerkraft der ostdeutschen Länder analysiert. Im besonderen Fokus standen hierbei die demographische Entwicklung sowie weitere strukturelle Eigenheiten Ostdeutschlands, die einen Einfluss auf das Aufkommen der Einzelsteuern haben. Es wird dabei dargestellt, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland vollzogen hat und welche Bestimmungsfaktoren für den Abstand zur westdeutschen Wirtschaftskraft verantwortlich zeichnen.

Zudem wird untersucht, welche Wirkungen einzelne steuerrechtliche Regelungen auf das Steueraufkommen in Ostdeutschland haben und welche Rolle diese Regelungen für ein mögliches Auseinanderfallen von Wirtschaftskraft und Steuerkraft spielen. Ein weiterer Fokus lag auf der Beantwortung der Frage, ob der demographische Wandel erhöhte Bedarfe für solche Länder begründet, die besonders stark von Alterung und Bevölkerungsrückgang betroffen sind.

ifo Institut
Niederlassung Dresden

